

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 4.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 25. Januar 1913.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

## Arbeit.

Arbeit! Arbeit! Segensquelle;  
Heil und Ehre deiner Kraft,  
Die aus Finsternis die Helle,  
Edles aus Gemeinem schafft!  
Aus dem Wirken quillt das Rechte,  
Aus dem Schaffen keimt das Echte,  
Wehe, wenn die Tat erschläft!

Mensch, was dich auch immer quäle,  
Arbeit ist das Zauberwort,  
Arbeit ist des Glückes Seele,  
Arbeit ist des Friedens Hort!  
Deine Pulse schlagen schneller,  
Deine Blicke werden heller,  
Und dein Herz pocht munter fort.

Geinr. Seibel.

## Ein Pionier des sozialen Fortschritts.

(Zum 70. Geburtstag Hans Hermann Frhr. v. Berlepsch.)

Wenn wir uns das stattliche Gebäude unserer Arbeitergesetzgebung in Deutschland: Arbeiterversicherung, Arbeiterschutzgesetzgebung betrachten und uns rühmen, daß unser Vaterland unter den modernen Kulturländern auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialreform an der Spitze steht, so gedenken wir gern jener Männer, die mit ungeheurer Mühe, Aufopferung und selbstloser, hingebender Arbeit geholfen haben, diese Gesetzgebung zu schaffen. Wir sollen gern und freudig jenen Männern unsere vollste Anerkennung und unseren herzlichsten Dank, welche in einer Zeit die soziale Gesetzgebung gefördert haben, als die Arbeiterschaft selbst infolge der Schwäche ihrer Organisationen noch nicht so in der Lage war, hier mitzuarbeiten, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Unter jenen Persönlichkeiten ragt ganz besonders ein Mann hervor, der am 30. März dieses Jahres seinen 70. Geburtstag feiert;

das ist der uns allen bekannte, in unserer christlichen Arbeiterschaft geachtete und beliebte Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, Freiherr von Berlepsch.

Wir feiern in ihm nicht bloß den Staatsmann, der in seiner Eigenschaft als Minister hervorragend mitgeholfen hat, die Arbeiterschutzgesetzgebung zu schaffen, sondern auch den Mann, der nach seiner Ministerzeit das Banner des sozialen Fortschritts ebenso klug wie entschieden und erfolgreich allen jenen bürgerlichen Kreisen vorangetragen hat, die sich auf dem Boden der Gesellschaft für Soziale Reform ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung zusammengefunden haben. Schon heute lenken wir deshalb die Aufmerksamkeit unserer Mitglieder auf jenen Festtag, den wir mit ganzer Seele mitfeiern wollen.

Freiherr von Berlepsch begann in den 80er Jahren seine Staatslaufbahn als Landrat in Oberschlesien, war später Regierungspräsident in Düsseldorf und für kurze Zeit Oberpräsident der Rheinprovinz. Die Umgebung, in die er hier gestellt wurde, war so recht geeignet für

einen sozialen, warmfühlenden Menschen,

wie er es war, mit den Nöten und Beschwerden und den Wünschen der Arbeiterschaft bekannt zu werden. Eine scharfe Beobachtungsgabe, gepaart mit dem ernststen Willen, Mißstände zu beseitigen, ließ in ihm die Ideen reifen, zu deren Durchführung ihn der junge Kaiser und König Wilhelm II. im Jahre 1890 in das preußische Handelsministerium berief. Am 4. Februar 1890 ergingen die berühmten Arbeitererlasse des Kaisers,

von denen der eine die internationale Verständigung über den Arbeiterschutz förderte, der andere den deutschen Arbeitern ein höheres Maß von Schutz für Leben und Gesundheit und die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrag mit den Arbeitgebern in Aussicht stellte. Schon im März desselben Jahres fand die bekannte und berühmte internationale Konferenz der Industriestaaten Europas in Berlin statt. Freiherr von Berlepsch war ihr Vorsitzender. Wenn die Beratungen auch damals nicht zum Abschluß von Verträgen geführt haben, so hat doch die gesamte Sozialpolitik durch diese Konferenz einen starken Aufstoß erhalten, der grundlegend war für die sozialen Fortschritte in den meisten Kulturländern.

Am stärksten war die Wirkung in Deutschland.

Der in den 80er Jahren geschaffenen Arbeiterversicherung folgte nunmehr die lang geforderte Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung. Dem Reichstag wurde im Jahre 1890 eine aus den Händen des Freiherrn von Berlepsch hervorgegangene Neugestaltung der wichtigsten Teile der Gewerbeordnung vorgelegt. Erweiterung und Verschärfung der Sonntagsruhe, Sicherung der Lohnzahlung, Durchführung der Fortbildungsschule, gesundheitlicher und sittlicher Schutz der Arbeiter in den Betrieben, hygienischer Maximalarbeitszeit für Männer, Höchstarbeitszeit für Frauen, Besserordnung der Arbeit für jugendliche Arbeiter, Verbot gefährlicher Arbeit für Frauen und Jugendliche, Verschärfung der Fabrikaufsicht; das war der bedeutsame Inhalt der Reformen dieser Arbeiterschutzgesetze, die mit dem Namen des Freiherrn von Berlepsch ewig verbunden bleiben. Gleichzeitig wurde der bekannte Beirat für Arbeiterstatistik eingesetzt, der für einzelne Gewerbe mit überlangen Arbeitszeiten Erhebungen und Schutzvorschlüge machen sollte. Die segensreiche Tätigkeit dieses Beirats ist bekannt, wenn er auch leider gegenwärtig nichts mehr von sich hören läßt. Durch ihn wurden untersucht die Verhältnisse im Bäckereigewerbe, Gastwirts- und Gewerbe der Stellenvermittlung, der Heimarbeit, ganz besonders der Konfektions- und Wäschbranche usw. Gleichzeitig erfolgte die Errichtung von Gewerbegerichten auf Grund der Arbeiterschutzgesetze, die für die Erledigung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis so ungemein segensreich gewirkt haben und bis heute noch wirken.

Das energische Vorgehen in der Sozialreform durch Freiherrn von Berlepsch weckte jedoch mächtige Gegner.

### Das Scharfmachertum

stürmte mit aller Gewalt gegen diesen sozialen Minister an, und wenn Freiherr von Berlepsch sich nicht dadurch beirren ließ, den eingeschlagenen Weg ruhig und fest weiter ging, so gelang es doch der gegnerischen Strömung unter dem Reichskanzler von Hohenlohe, eine Schwenkung im sozialpolitischen Kurs durchzusetzen, der vorübergehend zu einem vollständigen Stillstand der Sozialpolitik führte. Noch gelang es von Berlepsch, die Bundesratsverordnung über die Arbeitszeit in Bäckereien durchzuführen, dann nahm er seinen Abschied, nachdem er die Einsicht gewann, daß für seine soziale Arbeit in der Regierung kein Platz mehr war.

Nunmehr aber folgte ein Abschnitt sozialer Tätigkeit des verehrten Jubilars, die ihm ganz besonders zur Ehre und zum Ruhme gereicht.

Er zog sich nicht zurück ins Privatleben,

sondern stellte sich nunmehr an die Spitze einer Gruppe gleichgesinnter sozial denkender Männer, um mit ihnen gemeinsam die sozialen Ideen aus dem Volke heraus zur Geltung zu bringen. 1896 gründete er mit angesehenen Männern der verschiedensten Parteien und Berufe, wie Hize, Brandts, Schmoller, Koesfick, Mertou, Seibel, von Rottenburg, Francke u. a. die Zeitschrift: Soziale Praxis, als Organ der bürgerlichen Sozialreform. Kurze Zeit nachher er-

folgte die Gründung der Gesellschaft für Soziale Reform, und nach dem verunglückten internationalen Arbeiterschutzkongress in Zürich im Jahre 1897 legte er den Grundstein zu der heutigen Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, deren Gründung 1900 in Paris vollzogen wurde.

In diesen Gruppen wurde Freiherr von Berlepsch nunmehr der Träger der sozialpolitischen Reformidee. Seine Persönlichkeit steht von nun an im Mittelpunkt aller sozialpolitischen Arbeiten, sowohl auf nationalem wie internationalem Gebiete. Nicht bloß im Rahmen unseres Vaterlandes, sondern weit darüber hinaus genießt er die größte Hochachtung und das herzlichste Vertrauen. Sein Wort galt in allen schwierigen Situationen als entscheidend. Mit bewundernswerter Frische, Herzlichkeit und Fähigkeit hat er sich diesen Arbeiten gewidmet und hat die Genugtuung erlebt, daß nicht nur seine Ideen im engeren Vaterlande praktische Gestalt in der Gesetzgebung annahmen, sondern zwei internationale Arbeiterschutzverträge, dem voraussichtlich noch in diesem Jahre ein dritter folgen wird, waren ebenfalls der Erfolg seiner Arbeit. Ganz besonders aber hat Freiherr von Berlepsch die weitgehendsten und herzlichsten Sympathien der christlichen Arbeiterschaft sich errungen. Es war ihm nicht zu gering, trotz seines hohen Alters und seiner angesehenen Lebensstellung in den Versammlungen der christlichen Arbeiter zu sprechen. Zu Tausenden haben unsere Freunde ihm gelauscht und seinen trefflichen Ideen stürmischen Beifall gezollt. Er selbst ist ein

warmer Freund unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung

und hat sich mehr als einmal in der anerkanntesten Weise über unsere Bewegung ausgesprochen. Auf unserem letzten Kongress in Dresden hatte er in hochherziger Weise das Referat über das tarifliche Einigungswesen übernommen. Die Schaffung eines Reichseinigungsamtes, um möglichst die Arbeitskämpfe auf friedlichem Wege zu erledigen, ist eine seiner Lieblingsideen, die er gegenwärtig mit besonderer Energie vertritt. Die christliche Arbeiterschaft kämpft mit ihm für dieses Ziel.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir in Herrn Freiherrn von Berlepsch eine Persönlichkeit bewundern, die ihren schönsten Lohn findet in hoher Pflichterfüllung und selbstloser Arbeit im Dienste der Arbeiter und Angestellten mit dem Ziele, das harte Los des arbeitenden Volkes zu lindern und ihm den Weg zu ebnen zu einem kraftvollen Aufstieg in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht.

Es ist deshalb nicht bloß ein Gebot dankbarer Pflicht, sondern ein Herzensbedürfnis für uns alle, wenn wir dem Freund und Führer der bürgerlichen Sozialreform, dem Meister des internationalen Arbeiterschutzes zu seinem Ehrentage, am 30. März, unsere herzlichste und innigste Dankbarkeit zu erkennen geben. Erst die spätere Geschichte wird ihm den gebührenden Ehrenplatz in der Sozialpolitik unserer Zeit anweisen. Wir aber halten es für unsere Ehrenpflicht, unserer Dankbarkeit nicht bloß in Worten Ausdruck zu verleihen, sondern auch mitzuhelfen, die von ihm geschaffenen Werke, ganz besonders die Gesellschaft für Soziale Reform, auf das nachdrücklichste zu unterstützen und zu fördern und ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen. Die christliche Arbeiterschaft wird ihren Opfersinn dadurch beweisen, daß sie sich in umfangreicher Weise daran beteiligt, das Werk Freiherrn von Berlepsch's sicherzustellen.

Wir bitten unsere Freunde, die Vorstände unserer Zentralverbände, unsere Beamten, Ortsgruppenvorstände und Vertrauensmänner, wenn demnächst der Ruf an sie ertönt, sich an einem Werke zu Ehren Freiherrn von Berlepsch's zu beteiligen, sich dem mit allem Nachdruck und der bekanntesten Opferwilligkeit zu unterziehen, die

unser christliche Arbeiterchaft von jeder ausgezeichnet hat.

Der Wahlspruch, den Freiherr von Berlepsch für seine Tätigkeit sich selbst gewählt hat, "Gerechtigkeit allen, den Schwachen Schutz und Hilfe", soll auch unser Wahlspruch sein, und an uns soll es liegen, unter diesem Wahlspruch die großen Kulturaufgaben der Sozialen Reform immer weiter zur Geltung und Durchführung zu bringen.

### Arbeitsverhältnisse in den Baumwollspinnereien.

II.

Wir haben in der vorigen Nummer an Hand der von uns gemachten Erhebungen die Arbeitsweise in den Baumwollspinnereien dargestellt. Heute möchten wir uns mit den Arbeitslöhnen und der Lohnberechnung beschäftigen.

Die Angaben über die Arbeitslöhne sind ungenau das haben wir bereits betont. Sie beruhen nicht auf genauen statistischen Unterlagen, sondern auf persönlicher Schätzung. Die Fragebogen sollten ja auch kein unbedingt zuverlässiges Material, sondern nur ungefähr einen Einblick in die Lohnverhältnisse ergeben. Dieser Zweck ist in etwa auch erreicht worden. Wir geben nachstehend einen Ueberblick über das Ergebnis der Erhebung. Es verdienen pro Woche

die Seltfaktorspinner	
17-20 M. in 6 Betrieben, 26-29 M. in 9 Betrieben,	
20-23 " " 7 " " 29-32 " " 1 " "	
23-26 " " 17 " " über 32 " " 1 " "	
die Anseher	
12-15 M. in 9 Betrieben, 18-21 M. in 15 Betrieben,	
15-18 " " 11 " " über 21 " " 2 " "	
die Aufstecker	
7-9 M. in 11 Betrieben, 11-13 M. in 11 Betrieben,	
9-11 " " 7 " " über 13 " " 7 " "	
die Ringspinner	
15-17 M. in 1 Betrieb, 19-21 M. in 5 Betrieben,	
17-19 " " 13 Betrieben, über 21 " " 4 " "	
die Ringspinnerinnen	
10-13 M. in 11 Betrieben, 16-19 M. in 15 Betrieben,	
13-16 " " 6 " " 19-22 " " 7 " "	
die Hilfskräfte an den Ringspinnmaschinen	
8-10 M. in 11 Betrieben, 12-14 M. in 4 Betrieben,	
10-12 " " 8 " " über 14 " " 3 " "	

Diese Darstellung ergibt zunächst große Unterschiede in der Höhe der Lohnzahlung. Sie lassen sich durch die Verschiedenheit der technischen Verhältnisse, des Arbeitsmaterials und der Arbeitsweise nicht reiflos erklären. Weiter zeigt sich, wie sehr die Lohnverhältnisse in den meisten Betrieben noch zu wünschen übrig lassen, speziell, wenn man berücksichtigt, daß die Anforderungen an die Arbeitskraft sich erhöht und die Lebensverhältnisse sich verteuert haben. Das sollte für die Spinnereiarbeiter eine ernste Mahnung sein, sich mehr denn je der Organisation anzuschließen.

Die Arbeit der Seltfaktor- als auch der Ringspinner und -Spinnerinnen ist in den hier in Betracht kommenden Betrieben ausschließlich Akkordarbeit. Die Lohnberechnung ist in den einzelnen Betrieben sehr verschiedenartig geregelt. Sie erfolgt nach Pfunden, nach Kilo, nach Hanks usw. Nur in vier Betrieben wird die Arbeitsleistung der Arbeiter durch Uhren festgestellt. Diese Art der Feststellung ergibt jedenfalls eine vollkommenere Grundlage für die Lohnberechnung, wie z. B. das einfache Abwiegen der gesponnenen Kops. Im übrigen ist es leider nicht möglich, ein klares Bild über die einzelnen Methoden der Lohnberechnung zu geben. Dazu sind die gemachten Angaben zu mangelhaft. Nur das ergibt sich aus diesen, daß in der Art der Lohnberechnung größere Einheitlichkeit und auch eine Vereinfachung sehr wünschenswert ist.

In einigen Betrieben ist an den Seltfaktors dem Lohnkassier der Gesamtlohn der an zwei Maschinen beschäftigten Arbeiter zugrunde gelegt. Dieser wird dann prozentual an den Spinner, den Anseher und den Aufstecker verteilt. So erhält in zwei Betrieben der Spinner 49 Prozent, der Anseher 29 Prozent und der Aufstecker 22 Prozent des Gesamtlohnes. In einem anderen beträgt der Anteil des Spinners 33 Prozent, während der eine Anseher 26 Prozent, der andere 21 Prozent und der Aufstecker 15 Prozent erhält. In den meisten Fällen liegt dem Lohnkassier nur der Spinnerlohn zugrunde. Die Annahmer erhalten dann einfach einen bestimmten Prozentsatz des Spinnerlohnes ausbezahlt. Auch der ist in den einzelnen Betrieben sehr verschieden. Er schwankt zwischen 52 und 85 Prozent. Eine ganze Reihe von Betrieben haben noch das System des jüngeren und des älteren Ansehers. Ersterer erhält einen geringeren Prozentsatz wie der letztere. In einem Betrieb geht die Klassifizierung sogar so weit, daß je nach dem Alter 56, 60, 64, 68 und 70 Prozent des Spinnerlohnes bezahlt werden. Diese Klassifizierung enthält viele Härten und Ungerechtigkeiten. Durch sie wird bei vielfach ganz gleicher Arbeitsleistung der eine schlechter entlohnt wie der andere. Ein derartiger Lohnunterschied läßt sich aber u. E. nur dann rechtfertigen, wenn dem höheren Lohn auch wirklich eine höhere Leistung und Verantwortlichkeit gegenübersteht. Das ist z. B. beim Spinner

der Fall. Ihm obliegt die Führung der Maschinen; er ist auch in erster Linie der Verantwortliche. Trotzdem muß auch hier gesagt werden, daß sehr oft der Unterschied zwischen den Ansehern und den Spinnerlöhnen zu groß ist. Nicht, daß die letzteren zu hoch wären, wohl aber sind die ersteren zu niedrig. Es ist entschieden zu wenig, wenn ein eingearbeiteter Anseher nur 52, 56, 60 oder 64 Prozent des Spinnerlohnes erhält, speziell, wenn man berücksichtigt, daß nicht jeder Anseher Spinner zu werden vermag und unter den ersteren sich auch viele verheiratete Arbeiter befinden. Uebrigens haben auch die Spinner selbst ein Interesse an der Erhöhung der Anseherprozente. Bei einem etwaigen Wechsel entsteht dann für sie — falls sie als Anseher eintreten müssen, was in der Regel der Fall ist — kein zu empfindlicher Lohnausfall. Der etwa notwendige Arbeitswechsel wird somit auch ihnen dadurch erleichtert und ihre Abhängigkeit gemildert. Selbstverständlich aber darf die Erhöhung der Anseherprozente nicht auf Kosten der Spinnerlöhne erfolgen, das würde ja übrigens auch den Vorteil der ersteren wieder aufheben.

Was nun die Aufstecker betrifft, so erhalten auch sie in manchen Betrieben einen bestimmten Prozentsatz des Spinnerlohnes. In den allermeisten Fällen aber werden sie nach Stunden- oder Tagelohn bezahlt. Das gleiche ist zu sagen bezüglich der Hilfskräfte an den Ringspinnmaschinen.

Die Erhebungen brachten auch manches Material über die Zustände in der Lohnberechnung. Betont zu werden verdient da vor allem, daß nur in 27 von 46 Betrieben, für die diesbezügliche Angaben gemacht waren, feste Lohnlisten ausgehängt waren. In 17 Betrieben hingegen solche überhaupt nicht, in zwei Betrieben nicht in allen Abteilungen aus. Das ist sehr bezeichnend und zeigt, wie weit die Spinnereiarbeiter noch von einem Mitbestimmungsrecht bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse entfernt sind. Die rein willkürliche Regelung der letzteren durch die Unternehmer ist hier noch die Regel. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn einzelne Fragebogen bezüglich der Lohnberechnung Bemerkungen enthielten wie: "Wir tappen im Dunkeln"; "wir können unsern Lohn nicht berechnen, weil wir keine Tarife haben"; "uns fehlt die Kontrolle, ob wir auch wirklich unserer Leistung entsprechend entlohnt werden". Aus zwei Betrieben wurde Klage geführt, daß die Kasten, in die die fertigen Kops gelegt werden, oft das vorgegebene Gewicht nicht haben und die Arbeiter dadurch benachteiligt werden. Aus einem weiteren Betrieb kommt die Klage, daß den Arbeitern jede Kontrolle darüber fehlt, ob das Gewicht der abgelieferten Kops auch richtig eingetragen wird. Aus einem vierten endlich wird direkt gemeldet, die eingetragenen Kilo stimmten manchmal nicht. Aus all dem geht hervor, daß wir in den Spinnereien neben der Erhöhung der Arbeitslöhne vor allem auch eine Reform der Lohnberechnungsmethoden, sowie die Aushängung fester Lohnlisten erstreben müssen.

### Almosen, aber keine Rechte.

(Zustände aus einem Ort des nördlichen Münsterlandes.)

Das Münsterland gehört mit zu den Bezirken, wo unser Verband mit einer ansehnlichen Anzahl Mitglieder vertreten ist. Wohl in keinem Bezirk haben sich jedoch der Wirksamkeit unseres Verbandes derartige Schwierigkeiten entgegengestellt, wie gerade dort. Einen Beweis in dieser Beziehung liefern uns die, auch im Münsterlande ziemlich einzig dastehenden, Verhältnisse bei der Firma Laurenz in Ostrop. Mit ihrem Einfluß, ihren Fabrikwohnungen, Werkkolonien, Mädchenheim u. d. m. ist die Firma dem ganzen Ort ihr Gepräge auf. Die Arbeiter, welche zum großen Teil in den Fabrikwohnungen wohnen, wissen ein Viechtchen zu sagen, von der "goldenen Freiheit", die sie genießen. Die Firma beansprucht bedingungslos Unterordnung. Hat sie doch immer allein regieren und, ohne Widerspruch zu finden, über ihre Arbeiter verfügen können. Selbständige Regungen bei der Arbeiterchaft will die Firma nicht aufkommen lassen. Dadurch können Fortwärtstreben und Arbeitsfreude, Berufsstolz und geistiges Streben auch ...nen gedeihlichen Boden bei der Arbeiterchaft finden.

Zunächst sei auf die Fabrikwohnungen, welche von den Arbeitern bewohnt werden, hingewiesen. Für diese existiert natürlich die Forderung im Mietvertrag, daß mit der Lösung des Arbeitsverhältnisses auch zugleich die Lösung des Mietverhältnisses verbunden ist. Voraussetzung für das Vermieten einer Wohnung ist des weiteren auch, daß der Vermieter, sowie dessen auf Erwerb ausgehenden und bei ihm wohnenden Angehörigen, in den Betrieben der Firma beschäftigt sind und sich als ordentliche, willige und tüchtige Arbeiter erweisen. Von besonderem Interesse ist noch die Bestimmung, daß das Spielen auf laut tönenden Instrumenten nach 10 Uhr abends zu unterbleiben hat, und daß Kinder mit Einbruch der Dunkelheit von der Straße zu entfernen sind. Erelbliche Verstöße gegen die guten Sitten oder Gesetze ziehen die Ausweisung des Betroffenen nach sich.

Wer diese Bestimmungen auf sich wirken läßt, und noch freiwilligen Regungen zugänglich ist, den mutet das Ganze wie eine Art Leibeigenschaft an. Es fehlt nur noch, daß jeder Familie von der Firma ein Schatzmann bevordnet wird. Die "Freiheit" des Arbeitsvertrages" würde dadurch noch besser illustriert. Nach dem vorangehenden kann man sich schon seine Gedanken darüber machen, wie die Firma sich zur

Organisation der Arbeiter stellt. Gegen eine Organisation, welche auf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter Verzicht leistet, würde anscheinend auch die Firma Laurenz nichts einzuwenden haben. Da unser Verband aber nun einmal eine Interessenvertretung der Arbeiter ist und sein will, ist auch das Verhalten der Firma unserem Verbands gegenüber dementsprechend. Einen diensteifrigen Helfer findet die Firma in ihrem Vorgehen an dem Beberleiter Staudt. Letzterer scheint sich in der Beziehung gar nicht genug hervortun zu können und seine Freude an der Maßregelung organisierter Arbeiter, die ihm und der Firma mißfällig sind, zu haben. Sind die Arbeiter organisiert, oder ist einer gar Vertrauensmann unseres Verbandes, so kann man darauf rechnen, daß der betreffende über kurz oder lang etwas "verbrochen" hat, welches dann mit Entlassung geahndet wird. Um derartige "Verbrechen" zu konstruieren, bedient sich die Firma einer Reihe — zum Teil widriger — Mittel. Es würde zu weit führen, diese Methode im einzelnen zu kennzeichnen. Jeder rechtlich denkende Mensch muß sich aber über die Art und Weise, deren sich die Firma in der Anwendung der Mittel bedient, im Innern empört fühlen.

Man geht sogar soweit, den Verkehr mit Personen, die der Firma nicht genehm sind, außerhalb des Betriebes zu beeinflussen. Eine Anzahl Mitglieder unseres Verbandes sind nach und nach, nach der vorhin gekennzeichneten Manier, entlassen worden. In letzter Zeit wandte man Organisierten gegenüber die direkte Drohung an, entweder aus dem Verbands auszutreten oder die Kündigung über sich ergehen zu lassen. Auch hier ist der Beberleiter Staudt wieder das willfährige Werkzeug der Firma. Vor kurzem wurde ein Vertrauensmann unseres Verbandes nebst seiner Tochter entlassen. Grund:

Der schulpflichtige Sohn des Vertrauensmannes hatte mit einem anderen Schulkollegen, dessen Vater ebenfalls bei der Firma beschäftigt ist, eine unerlaubte Handlung begangen. Dieses mußte unser Vertrauensmann mit Entlassung büßen, während der Vater des anderen beteiligten Schulkindes (unorganisiert) bleiben konnte. Die in der Weberei beschäftigte Tochter des Vertrauensmannes wurde mit noch anderen Mädchen auf dem Abort angetroffen. Während die anderen Mädchen weiter beschäftigt wurden, wurde die Tochter des Vertrauensmannes entlassen. Dieser hat ca. 25 Jahre bei der Firma gearbeitet.

Wenn auch die Entlassenen um ihrer Verbannung aus dem "Eldorado" kaum eine Träne zu weinen brauchen, so ist doch allein vom menschlichen Standpunkt aus die Handlung der Firma empörend. Den Arbeitern gebietet es zum großen Teil an Mut, sich den Weg zu besseren Verhältnissen zu bahnen. Die Firma brüstete sich schon damit, daß die "unsichtigen" Arbeiter auf ihrer Seite seien. Die Firma ist um diese "Weltfremdheit" eigentlich nur zu beneiden. Wie viele mühen unter dem Zwang der Verhältnisse ihre "Einsicht" nur mit einem Knirschen des inneren Menschen kundtun.

Angesichts der geschilderten Zustände, und wegen des Verhaltens der Firma uns gegenüber, sei vor Bezug nach Ostrop, nach den Gefilden dieser "Freiheit" der Firma Laurenz, gewarnt.

### Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter.

e. Im Jahre 1911 erfuhr der gewerbliche Beschäftigungsgrad im allgemeinen eine nicht unbedeutliche Steigerung. Die Belebung des Arbeitsmarktes kam den Arbeiterinnen sowohl als auch den jugendlichen Altersklassen zugute. Allerdings, ob es in jeder Beziehung ein Gewinn ist, wenn in wachsendem Maße Arbeiterinnen und Personen im jugendlichen Alter in das Erwerbsleben hineingezogen werden, steht sehr in Frage. Sicherlich aber bedeutet es einen sich mehrenden Verlust, wenn die Zahl der in Gewerbebetrieben beschäftigten Kinder nicht ab-, sondern zunimmt. Und auch das ist eine Begleiterscheinung des Anziehens der gewerblichen Konjunktur.

Einen relativ guten Aufschluß über die Zahl der in den Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter geben die Berichte der Gewerbeinspektoren. Ihre Zählungen umfassen alle Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern und ferner alle Betriebe, die jenen gleichgestellt sind. Uns liegen die Zahlen für 1910 und 1911 vor. Sie geben von den gewerblich beschäftigten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern folgendes Bild.

Es waren beschäftigt:

Jahr	Kinder unter 14 Jahren		von 14-16 Jahren		Jugendliche Personen überhaupt		Zusammen
	m	w	m	w	m	w	
1910	7014	6559	309 101	187 225	316 115	173 081	489 196
1911	7434	5970	332 882	172 535	340 316	178 505	518 821
+ gegenüber 1910	420	114	23 781	5 310	24 201	5 424	29 625

Die Zahl der jugendlichen männlichen Arbeiter ist nicht bloß absolut, sondern auch relativ mehr gestiegen als die der weiblichen jugendlichen; während im Jahre 1910 von 100 jugendlichen Arbeitern 35,1 weiblichen Geschlechts waren, betrug die Verhältniszahl im Jahre 1911 "nur mehr" 34,1.

Arbeiterinnen waren beschäftigt:

Jahr	16-21 Jahre		über 21 Jahre		16-21 Jahre alte Arbeiterinnen		über 21 Jahre alte Arbeiterinnen	
	m	w	m	w	m	w	m	w
1910	489 130	770 428	1 317 682	1 432 639				
1911	513 685	803 997	1 259 558	1 496 187				
+ gegenüber 1910	24 555	33 569	58 124	63 548				

Das Anwachsen der Arbeiterinnen ziffern im Jahre 1911 entspricht im allgemeinen dem der Vorjahre, hat

sch jedoch etwas zugunsten der jugendlichen Klassen verschoben. Denn während im Jahre 1910 von 100 Arbeiterinnen 38,8 sich im Alter von 16-21 Jahren und 61,2 im Alter von über 21 Jahren befanden, betragen die Ziffern im Jahre 1911 im ersten Falle 39,0 und im letzten 61,0. Jrgend welche besonderen Schüsse dürfen aus dieser leichten Verschiebung nicht gezogen werden. Im Jahre 1910 kamen auf einen Betrieb durchschnittlich 4,7 jugendliche Arbeiter und 13,5 erwachsene Arbeiterinnen. Diese Verhältniszahlen sind für das Jahr 1911 die gleichen geblieben.

Greifen wir nunmehr die Zahlen heraus, die speziell unseren Beruf, das Textilgewerbe, angehen. Leider stehen uns hier Vergleichszahlen mit dem Jahre 1910 nicht zur Verfügung. Die Zahlen der in der Textilindustrie beschäftigten jugendlichen Personen und Arbeiterinnen betragen:

Kind unter 14 Jahren	14-16 Jahren	Jugendl. Personen überhaupt	Arbeiterinnen
m. 1373	m. 33 718	m. 35 091	16-21 Jahre 148 913
w. 2639	w. 54 040	w. 56 709	über 21 " 290 196
zuf. 4042	87 758	91 800	439 109

Als in der Textilindustrie verschiebt sich das Bild wesentlich im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren. In der Textilindustrie überragt die Zahl der Arbeiterinnen in allen Altersklassen. Leider genießt die Textilindustrie auch den traurigen Ruhm, die meisten Kinder unter 14 Jahren zu beschäftigen. Von 12 400 beschäftigten Kindern überhaupt gehören 4042, das ist rund ein Drittel, der Textilindustrie an.

Im übrigen verteilen sich die Ziffern für das Jahr 1911 wie folgt auf die einzelnen Berufe:

Im Bergbau, Hütten-, Salinenwesen und der Torfgräberei waren 163 Kinder, 41 862 jugendliche Personen und 1667 Arbeiterinnen beschäftigt; in der Industrie der Steine und Erden 1343 Kinder, 37 462 jugendliche Personen und 71 591 Arbeiterinnen; Metallverarbeitung: 15-4 Kinder, 67 848 jugendliche Personen, 76 236 Arbeiterinnen; Maschinen, Werkzeuge, Instrumente, Apparate: 1131 Kinder, 72 176 jugendliche Personen, 66 149 Arbeiterinnen; Gemische Industrie: 40 Kinder, 6888 jugendliche Personen, 23 032 Arbeiterinnen; forstwirtschaftliche Nebenprodukte, Leuchtmittel usw.: 160 Kinder, 2885 jugendliche Personen, 8788 Arbeiterinnen; Papierindustrie: 511 Kinder, 18 733 jugendliche Personen, 60 065 Arbeiterinnen; Lederindustrie: 121 Kinder, 7484 jugendliche Personen, 18 450 Arbeiterinnen; Industrie der Holz- und Schnitzstoffe: 747 Kinder, 31 044 jugendliche Personen, 32 786 Arbeiterinnen; Nahrungs- und Genussmittel: 1083 Kinder, 49 293 jugendliche Personen, 181 093 Arbeiterinnen; Bekleidung: 1596 Kinder, 54 554 jugendliche Personen, 241 763 Arbeiterinnen; Reinigung: 53 Kinder, 2796 jugendliche Personen, 35 160 Arbeiterinnen; Baugewerbe: 200 Kinder, 13 365 jugendliche Personen, 1059 Arbeiterinnen; Polygraphische Gewerbe: 474 Kinder, 19 702 jugendliche Personen, 42 963 Arbeiterinnen; andere Industriezweige: 23 Kinder, 880 jugendliche Personen, 2791 Arbeiterinnen.

Zu diesen Ziffern sei bemerkt, daß in der Zahl der jugendlichen Personen die der beschäftigten Kinder mit einbezogen ist, sodas man die Zahl der 14-16 jährigen erhält, wenn man die der Kinder von der Gesamtziffer abzieht. Bei den Zahlen über die Arbeiterinnen handelt es sich nur um über 16 Jahre alte Arbeiterinnen.

Die Statistik zeigt, daß die Textilindustrie die meisten Arbeiterinnen und jugendlichen beschäftigt; gleich hinterher folgt das der Textilindustrie verwandte Gewerbe der Bekleidung. Uns zeigen die Ziffern ferner, ein wech großes Gebiet der Agitation uns hier noch offen steht. Es gründlich zu bearbeiten, ist Pflicht eines jeden Mitgliedes.

### Die soziale Bekämpfung der Tuberkulose.

Es hat sich immer mehr herausgestellt, daß der Tuberkulose als Volksseuche die medizinische Wissenschaft allein machtlos gegenübersteht, weil diese Krankheit ihren Nährboden in den sozialen Missständen hat, und weil die Heilung der einmal Erkrankten eine ungewöhnlich langwierige und kostspielige ist. Wenn die Landesversicherungs-Anstalt Rheinprovinz hat nach ihren offiziellen „Mitteilungen“ im Jahre 1911 über 2 Millionen Mark für etwa 5000 Lungentränke aufgewendet, und doch bedeutet die Zahl der in Heilbehandlung genommenen nur einen geringen Prozentsatz der Lungentränken in der Provinz überhaupt. Bei 8000 Sterbefällen an Lungentuberkulose im Jahre 1911 in der Rheinprovinz ist nämlich die Zahl der Erkrankten hier etwa auf 80000 anzunehmen. Da hiernach die Heilbehandlung aller Erkrankten eine finanzielle Unmöglichkeit ist, begrüßte es der Präsident des Reichsversicherungsamts, daß man besonders in der Rheinprovinz begonnen hat, neben die eigentliche Heilbehandlung die vorbeugende Fürsorge durch soziale Maßnahmen in den Vordergrund zu rücken.

Zur Durchführung dieser vorbeugenden sozialen Arbeit ist bei uns in Deutschland der mächtigste Faktor die Invaliden-Versicherung, weil sie in ihrer Organisation gerade für die sozial weniger Begünstigten große Mittel bereinstellt. Von den vorbeugenden Maßnahmen gegen die Tuberkulose ist die erste und wichtigste die Vermeidung der Ansteckung. Die Uebertragung der Krankheit geschieht nun aber in besonderem Maße durch die vorgeschrittenen Kranken. Es erhebt sich daher die Frage: Wie können bei den in engen Wohnungen zusammengebrängten Volkskreisen die Gesunden, und besonders die heranwachsende Generation, vor der Ansteckung durch die Schwerkranken bewahrt werden? Das nächstliegende Mittel der Isolierung des Kranken im eigenen Heim erweist sich eben wegen der vielfach ungünstigen Wohnungsverhältnisse als fast undurchführbar. Es bleibt daher als einzig erfolgversprechendes Mittel nur die Absonderung der Kranken aus den Familien. Es ist dies eine außerordentlich schwierige Aufgabe, weil die Schwerkranken meist

noch mit besonderer Fähigkeit am Leben hängen und daher nicht zu bewegen sind, nur um der Mitmenschen willen sich von ihrer Umgebung loszulösen und als hoffnungslosen Fall in einer Anstalt unterbringen zu lassen.

Die Art und Weise der Unterbringung der Schwerkranken bei der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz hatte das besondere Interesse des Reichsversicherungsamts geweckt, weil es in der Rheinprovinz gelungen ist, das Problem in gewissem Umfange zu lösen, indem in kurzer Zeit mehrere Hundert Schwerkranken dauernd gegen den geringen Pflegeatz von durchschnittlich 1,90 M. einschließlich aller Nebenkosten für Arzt, Apotheke und Kleidung in Anstaltspflege untergebracht wurden. Das Prinzip, das den dauernden Verbleib der Kranken in den Anstalten gewährleistet, ist die Erhaltung der Hoffnung, indem auch den vorgeschrittenen Fällen ärztliche Behandlung und Heilfürsorge zuteil wird. Es sind zu diesem Zweck hauptsächlich kleinere Krankenhäuser in gesunder ländlicher Lage in Benutzung, wodurch die Dezentralisation ermöglicht wird, die unbedingt notwendig ist, um den Kranken einen gewissen Konner mit ihren Familien zu belassen.

Besonders vollkommen ist das Problem der Unterbringung von Lungentränken in dem Franziskus-Sanatorium in M.-Gladbach-Windberg gelöst, das ein Spezialkrankenhaus für Lungentränke aller Stadien darstellt und so dem Moment der Hoffnung weitgehendsten Einfluß gewährt. Räumlich zwar voneinander getrennt wird hier allen, auch den hoffnungslosesten Kranken, alles das zur Heilung geboten, was den Heilfürsorgezwecken zuteil wird.

Die von der Versicherungsanstalt Rheinprovinz den vorgeschrittenen Lungentränken gebotene Möglichkeit gegen bloße Abtretung der Invalidenrente dauernde Anstaltspflege zu finden, will der Einsicht Rechnung tragen, daß alle Heilbehandlung zwecklos ist, wenn die Schwerkranken als gefährlichste Herde der Ansteckung in den Familien verbleiben. Da nun aber trotz der günstigen Bedingungen nicht alle Kranken zu bewegen sind, sich in Anstaltspflege zu begeben, muß als Ergänzung in der Vorbeugungsarbeit hinzutreten tie

### Kolleginnen und Kollegen!

Stellt euch dem Verbands als eifrige Mitarbeiter zur Verfügung. Wenn alle Mitglieder ihre Pflicht dem Verbands gegenüber tun, dann wird unsere christliche Textilarbeiterbewegung kräftig vorwärts gehen.

Jedes Mitglied muß mitarbeiten. Es handelt sich um seine eigene Sache, um die Sache seiner Familie und seines Standes. Ein pflichtvergessener Schwächling, wer da nicht seine ganze Kraft einlegt.

Einrichtung von Tuberkulosefürsorgestellen, die dem Lungentränken in sein Heim nachgehen, um ihm selbst Hilfe und seinen Angehörigen Schutz vor der Ansteckung zu bieten. Auch diese Maßnahme ist in der Rheinprovinz mit besonderem Erfolge zur Durchführung gelangt, indem zurzeit bereits in etwa 40 Landkreisen, auf Anregung und mit Beihilfe der Versicherungsanstalt die Organisation dieser Fürsorge systematisch durchgeführt worden ist. Besonders wertvoll erschien es dem Reichsversicherungsamt, daß es in den meisten Fällen gelungen ist, die in den Gemeinden bereits vorhandenen Pflegekräfte, besonders auch die Diakonissen und Ordensschwwestern für diese Aufgabe zu schulen und zu gewinnen. Etwa 10000 Lungentränke wurden auf diese Weise in den Landkreisen der Rheinprovinz im Jahre 1911 einer ständigen Fürsorge in ihren Wohnungen teilhaftig.

So sehen wir auf dem Gebiete der Tuberkulosebekämpfung, wie die Errungenschaften der medizinischen Wissenschaft ergänzt und gestützt werden müssen durch den mit der sozialen Waffe geführten vorbeugenden Kampf, der die staatliche Hilfe und die Charitas zu großartigen Leistungen zusammen führt.

### Ueber unentflammare Appreturen und Stärkesorten.

m. An gewebte Stoffe werden bezüglich der Echtheit und Verwendbarkeit mannigfache, sehr weitgehende Ansprüche gestellt. Die Gewebe müssen den denkbar verschiedensten Benutzungsformen angepaßt werden, die zahlreichen geärbten Stoffe sollen beim Waschen und Walken gegen Licht, Säuren, Alkalien usw. mehr oder weniger große Widerstandsfähigkeit aufweisen. Zu alledem erörtern namhafte Chemiker in neuerer Zeit die Anwendung unentflammbarer Appreturen und Stärken sehr eingehend. Der Chemiker sind Präparate bekannt geworden, die waschbare und auch gefärbte Stoffe unentflammbar zu machen vermögen, ohne die Haltbarkeit und Farbe ungünstig zu beeinflussen.

Der Mangel schwerer Entzündbarkeit vermißt man bei mannigfachen Gelegenheiten zwar sehr nachdrücklich, denn die angewandten Wasch-, Bleich-, Blau-, Stärke- und Glanzmittel sind leicht entflammbar und namentlich die leichteren Gewebe, die zu lustigen und duftigen Toiletten- und Ballkleidern verarbeitet werden, die leichten Woll- und Seidengewebe, Spitzen-Gardinen und viele ähnliche Gewebe, setzen der Einwirkung selbst mäßiger Flamme, z. B. einer Zigarette oder einer Zigarette oder einem glimmenden

Streichholz, keinen nennenswerten Widerstand entgegen. Den Schutz der schon früher bekannten Imprägnierungen nahm man nur sehr selten in Anspruch, weil man entweder die geringe Mäße der Behandlung scheute, obwohl diese mit dem Stärken gemischener Stücke leicht verbunden werden kann, oder man befürchtete Nachteile für diese teuren Stoffe. Auch hat man den Wert der Imprägnierung stets angezweifelt, da doch die flammensichere Wirkung immer nur bis zu einem gewissen Grade gehen könne und beim Waschen das Imprägnierungsmittel seine Wirkung verliere. Das letztere trifft zu, es muß aber die Imprägnierung in diesem Falle nach der Wäsche wiederholt werden. Dagegen wird die Behauptung, daß die flammensichere Wirkung nur bis zu einem gewissen Grade gehen könne, auch durch die neuerlichen Präparate nicht widerlegt, denn es gibt keinen Körper, der eine brennbare Substanz bei anhaltender Wirkung des Feuers vor der Zerstörung zu schützen vermöchte. Aber darum handelt es sich ja in diesem Falle gar nicht; das Bestreben ist vielmehr darauf gerichtet, das Gewebe bei der Berührung mit einem brennenden Körper vor der Entflammung zu schützen; denn ein glühender Körper bietet der Fortpflanzung des Feuers weit weniger Nahrung als ein zur Flamme entfachter.

Die früher bekannten Imprägnierungen fanden ferner keine erhebliche Verbreitung, weil Mißgriffe in der Anwendung meist schwer zu meiden waren; die Lösungen mußten gewisse Konzentrationsgrade anweisen, die sich nach der Art der Gewebe richteten, um diese gehörig zu durchtränken. Am bekanntesten durch seine flammensichere Wirkung ist der Alaun; er hinterläßt beim Erhitzen eine ungeschmolzene erdige Substanz; demzufolge kann ein durch eine Alaunlösung gezogenes und wieder getrocknetes Gewebe nur kohlend verbrennen, weshalb man ihn bei leichten weißen Stoffen sehr gerne verwendet. Der Zusatz nur geringer Mengen von Alaun zum letzten Waschwasser wie auch zur Stärke genügt schon, das Stück unentflammbar zu machen. Ein derartig behandeltes Gewebe glimmt wohl, brennt aber nicht mit Flamme. Bei farbigen Objekten ist diese Anwendung bedenklicher, da die Färbungen bekanntlich äußerst verschieden zustande kommen. Es empfiehlt sich ein vorheriger Versuch, weil der Alaun manche Farbe verändert. Die angestellten Versuche zeigten, daß sich die Wirkung durch einen Zusatz von Schwefelsäure oder Essigsäure bedeutend erhöhen läßt, doch ist ein derartiges Präparat nur bei Seidenstoffen anwendbar, von der Säure angegriffen werden. Eine einfache, für alle Stoffe anwendbare Behandlung ist die von Chaplet erprobte: Die Ware wird zunächst von einem löslichen Phosphat z. B. Superphosphat, und dann in verdünntem Ammoniak, welches etwas Chormagnesium enthält, behandelt, in sehr verdünntem Ammoniak gespült und schließlich abgequ coast.

Die Lösungen, die das Brennen der Gewebe verhindern oder verlangsamen sollen, zeichnen sich fast alle durch große Einfachheit in der Bereitung und Anwendung aus und sollten schon aus diesem Grunde in den Kreisen der Fabrikation beachtet werden, denn bei näherer Betrachtung ist das Bedürfnis nach unentflammaren Geweben größer, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Dünne Gewebe, bei denen das Bedürfnis am stärksten hervortritt, wie baumwollene, Dekorationskleiden, Mull, Spitzen, Tarlatan usw., appretiert man in folgender Lösung: 1 kg Schwefelsäure, Ammoniak, 8 kg weiches Wasser, oder: 40 g Salmiak, 10 g Borax, 5 g Kochsalz werden in fein gemahlenem Zustande gemischt und in der achtfachen Menge heißen Wassers gelöst. Ferner: 1,5 kg Salmiak, 1,6 kg Boraxsäure, 0,3 kg Borax, sieben Teile dieser Mischung werden in 100 Teilen kochenden Wassers gelöst. Die Gewebe werden 15-20 Minuten lang in diese Lösung getaucht, dann leicht ausgerungen und getrocknet. Die Zusammensetzung dieser feuerfesten Appretur muß jedoch der Art des Gewebes möglichst sorgfältig angepaßt werden. Je feiner und dünner das Gewebe, um so weniger Salz darf die Lösung enthalten, denn konzentrierte Lösungen würden das Gewebe nicht allein steif und brüchlich machen, sondern es käme auch das Salz zum Austrittallizieren, wodurch das Gewebe an Wert und Aussehen verlieren würde. Bei den fabrikmäßig hergestellten Appreturen kann man diesen Bedingungen verhältnismäßig leicht Rechnung tragen, und für Stoffe die gemacht werden, könnte seitens der Fabrik in einer einfachen Gebrauchsanweisung die erprobte Salz- und Wassermenge bekanntgegeben werden.

H. Robson empfiehlt für diesen Zweck folgende Mischung: In 100 Liter Wasser löst man 8 kg Aluminiumsulfat, 2,5 kg Salmiak, 3 kg Boraxsäure, 1,7 kg Borax und 2 kg Stärke.

Auch Siml, der sich sehr eingehend mit diesen Versuchen befaßt hat, macht darauf aufmerksam, daß Ammoniumalaun wie auch unterschwefligsaures Natron als Zusatz zu feuerfesterer Stärke sich sehr gut eignen. Beide sind billige Präparate, leicht in reinem Zustande zu beschaffen und ohne Einfluß auf die meisten Farben. Obwohl das unterschwefligsaure Natron nicht ganz so intensiv wie andere Mittel wirkt, so ist es doch insofern beachtenswert, als es sich der Stärke gegenüber ziemlich indifferent verhält. Es ist also besonderer Wert darauf zu legen, daß die verwendeten Salze immer technisch rein sind und keine alkalischen Verbindungen enthalten, welche die Farben beeinflussen können.

Unter den in letzter Zeit empfohlenen Salzen ist es insbesondere das wolframsaure Natron, mit dem man bei leichten Kleiderstoffen vorzügliche Resultate erzielt, und welches den großen Vorteil besitzt, zarte Farben nicht anzugreifen. An Stelle des reinen wolframsauren Natrons kann auch solches mit phosphorsaurem Natron vermischt in Anwendung kommen. Einer Lösung wolframsauren Natrons von 9% Zw. fügt man 8% phosphorsaures Natron hinzu; in diesem Gemisch ist die Bildung von weißem wolframsaurem Natron nicht zu befürchten, wodurch natürlich infolge Ausfraktionierung die Lösung weniger konzentriert wird. Wolframsaures Natron schmilzt erst bei Rotglut, zerfällt sich bei höherer Temperatur nicht, und die mit dem Salze imprägnierten Gewebe vertragen die Behandlung mit dem Biogeleisen besser als der mit irgend einem andern Schutzmittel versetzte Stoff. Ueber dies macht das wolframsaure Natron die Gewebe geschmeidig, sie nehmen eine fette talgartige Beschaffenheit an, wodurch das Bügeln ungemein erleichtert wird. Eine Vereinfachung der Imprägnierungen von allen Waschkoffen, welche mehr oder weniger geräht werden sollen, besteht darin, daß man das die Feuerficherheit bedingende Salz gleichzeitig mit der Stärke einverleibt; das Salz löst sich beim Anmischen mit dem für die Stärke erforderlichen Wasser, ohne das Verkleistern zu verhindern, und geht beim Eintauschen des Gewebes in die Stärkemasse in die Fasern ein, worauf man wie gewöhnlich bügelt.

### Allgemeine Rundschau.

Wieder eine bischöfliche Rundgebung für die christlichen Gewerkschaften. In der Rundgebung, die kürzlich erst der Erzbischof von Bistinger für die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hat, kommt nun eine neue bischöfliche Erklärung, die des Bischofs Dr. von Keppler. Die Diözesanleitung der katholischen Arbeitervereine der Diözese Rottenburg (Württemberg) hat kürzlich ein gedrucktes Rundschreiben an die katholischen Geistlichen des Landes gerichtet und zwar, wie das Rundschreiben selbst betont, auf Wunsch des Bischofs Dr. von Keppler. Den Mittelpunkt des Schreibens bildet ein Erlaß des Bischofs von Keppler, in dem dieser Stellung nimmt zu der bekannten Streitfrage der Gewerkschaften.

Es heißt darin, daß gar keine Veranlassung vorläge, an dem bisherigen freundschaftlichen Verhältnis zwischen katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften in Württemberg etwas zu ändern.

Die Diözesanleitung nimmt die Gelegenheit wahr, die katholischen Geistlichen zu ersuchen, ihr jeweils sofort mitzuteilen, ob von irgendeiner Seite Versuche gemacht werden, andere Organisationen im Lande einzuführen. Sie stellt ferner fest, daß nach allen Erfahrungen nur übrig bleibe, an der „bei uns bewährten christlichen (interkonfessionellen) Gewerkschaftsorganisation festzuhalten“. Durch die Enzyklika sei einwandfrei festgestellt, daß es einem Katholiken erlaubt ist, derselben anzugehören, und daß eine Verfeinerung eines Katholiken wegen dessen Zugehörigkeit zur christlichen Gewerkschaftsbewegung ein für allemal aufzuhören habe. Und der Bischof, der zuständige Interpret des päpstlichen Willens für unsere Diözese, wolle für unser Land neben den christlichen Gewerkschaften keine neue Berufsorganisation gegründet sehen.

Eine neue Zeitschrift für das soziale Versicherungswesen. „Als jüngstes Reis im großen Kranze der Fachzeitschriften, deren Arbeitsgebiet die soziale Versicherung ist“, erschien am 10. Januar die erste Nummer des früher bereits angekündigten Organs des „Gesamtarbeiterverbandes deutscher Krankenkassen“, dieser jungen Krankenkassenorganisation auf nationaler Grundlage. Die „Krankenkassenversicherung“ nennt sich das neue Blatt, das sich in gefälliger Form, auf gutem Papier, in gutem Druck und reichlichem Inhalt dem Leser repräsentiert. „Die Krankenkassenversicherung“ erscheint zweimal monatlich und kostet im Quartal 1,25 M.

Sie will eine Zeitschrift für das soziale Versicherungswesen sein. Ihre Aufgabe liegt zunächst in der Wahrnehmung des Programms, das sich der neue Krankenkassenverband gesetzt hat. Die einzelnen Punkte des Programms lauten:

1. Rat- und Auskunfterteilung in allen Fragen der Versicherungsangelegenheit;
2. Unterstützung beim Abschluß von Verträgen aller Art und bei der Abfassung von Satzungen, Dienstordnungen usw.;

3. Vertretung der Wünsche der Krankenkassen bei den Behörden und bei der Gesetzgebung;
4. die Herausgabe einer Verbandszeitung und sonstiger Schriften;
5. Mitwirkung bei der Errichtung von Lehrgängen für Krankenkassenbeamte;
6. den Ausbau der Krankenüberwachung;
7. Benennung geeigneter Fachmänner als Klassenrevisoren;
8. Abhaltung von Krankenkassentagen.

Groß ist also der Zweck des neuen Verbandes, groß darum auch die Aufgabe seiner Zeitschrift.

Sie erinnert in ihrer ersten Nummer an die Fragen, die mit dem Inkrafttreten der Versicherungsordnung aufgeworfen worden sind bzw. aufgeworfen werden. Über ihre Aufgabe soll sich in der Klärung der auf Grund der Reichsversicherungsordnung auftretenden Streitfragen und der Vertretung der Interessen der Krankenkassen gegenüber Behörden, Ärzten, Apothekern usw. nicht erschöpfen. Der Kreis ihrer Arbeit ist weitergezogen. Sie soll auch auf einen weiteren Ausbau der reichsgesetzlichen Versicherung gerichtet sein; denn Stillstand kann und wird es auch auf sozialpolitischem Gebiete nicht geben.

Die neue Zeitschrift hat hervorragende Fachleute auf dem Gebiete des Arbeiterversicherungswesens als Mitarbeiter gewonnen. Die Redaktion liegt in den Händen des Kollegen Reichstagsabgeordneten Becker, der sich um das Zustandekommen der Versicherungsordnung in außerordentlich großem Maße verdient gemacht hat.

Möge „Die Krankenkassenversicherung“ allenthalben eine gute Aufnahme finden. Unseren Mitgliedern kann sie jede andere soziale Versicherungszeitschrift ersparen.

Lohnstatistiken der Unternehmerverbände. Schon seit langem haben die führenden Leute in den Unternehmerverbänden sich bemüht, ihre Mitglieder für eine großzügige Statistik der in ihren Betrieben verdienten Arbeiterlöhne zu interessieren. Anscheinend sind die Bemühungen nicht ohne Erfolg gewesen, denn wie wir einer der letzten Nummern der Arbeitgeber-Zeitung entnehmen, soll in mehreren Unternehmerverbänden ein von einem Herrn Hoff in Düsseldorf erdichtetes System einer Lohnstatistik eingeführt werden. Zwar haben erst einige Metallunternehmerverbände die Statistik „als eine ihrer wesentlichsten Aufgaben“ übernommen, es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß es auch bei anderen Berufsverbänden Eingang finden wird. Das Bestreben, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in ihren Bestrebungen zu hindern, ist bei allen Unternehmerverbänden vorhanden. Und nur diesem antigewerkschaftlichen Zwecke soll die neue Lohnstatistik dienen.

Die Durchführung der Statistik ist so gedacht, daß auf den von dem Verbands herausgegebenen Fragebogen nach Ablauf eines halb- oder vierteljährlichen Erhebungszeitraumes die Löhne für die einzelnen Arbeiterkategorien eingezeichnet werden sollen. Nach Eingang der ausführlichen

Fragebogen soll das darin enthaltene Zahlenmaterial in der Geschäftsstelle des Unternehmerverbandes zusammengestellt werden. Die Einteilung der Arbeiter erfolgt in drei Verdienstklassen: 1. jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahre und Lehrlinge, 2. Arbeiter von 17 bis 21 Jahren, 3. Vollarbeiter über 21 Jahre. Für 34 Arbeiterkategorien sollen die Löhne angegeben werden, vom Vorzeichner, Vorarbeiter und Monteure bis zum qualifizierten Arbeiter, zum Hilfsarbeiter und Tagelöhner herab.

Der Zweck der Statistik richtet sich, wie gesagt, gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter. Der Unternehmerverband will in der Lage sein, bei Ausbruch von Streitigkeiten sofort mit „genauen“ Lohnangaben aufwarten zu können. So wäre man in der Lage, die Lohnangaben der Gewerkschaften zu erschüttern und manche Lohnforderungen abzuwehren.

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Unternehmerverbände ihren unedlen Zweck mit der neuen Statistik nicht erreichen werden. Aber unsere Mitglieder mögen doch aus diesen Dingen lernen. Leider zeigen sie nicht allenthalben ein großes Interesse für eine zuverlässige Statistik ihres Verbandes. Alle Aufwendungen an Zeit und Mühe und Geld, um zu einer ausreichenden Lohnstatistik zu gelangen, haben in unserem Verbands sowohl als auch in der „deutschen“ Organisation nur verhältnismäßig geringen Erfolg gehabt. Das muß mit Rücksicht auf die Unternehmerbestrebungen unbedingt anders werden, wenn nicht die Arbeiter wesentlich zu Schaden kommen wollen.

Die gute Kameradschaft des Buchdruckerverbandes zur Sozialdemokratie. Bei dem Basallenverhältnis der „freien“ Gewerkschaften zur politischen Sozialdemokratie hat der Buchdruckerverband insofern früher eine gewisse Sonderstellung eingenommen, als dessen Organ, der „Korrespondent“, unter dem früheren Redakteur Reghäuser hier und da gegen den roten Stachel löfte, was dann häufig zu leidenschaftlichen Auseinandersetzungen führte. Dieses aus der Reihe tanzte kostete Reghäuser seine Stellung, er wurde hinausgeteilt und durch Zielbewußte, folgsamere Sozialdemokraten ersetzt. Seit der Zeit marchiert auch das Buchdruckerorgan ohne Seitensprünge willig in der roten Schlachtlinie. Das wird ihm anlässlich seines fünfzigjährigen Bestehens von der sozialdemokratischen Parteipresse dankend attestiert. So nennt es die „Rheinische Zeitung“ (Nr. 2, 1913) in Köln „die beste Lösung der unerquicklichen Verhältnisse“, daß Reghäuser vor einigen Jahren sein Amt aufgab.

„Die Redakteure Strahl, Schäffer und Helmholz, die die Buchdruckerorganisation seitdem an das Verbandsorgan berufen hat, haben es verstanden, mit der Gesamtarbeiterchaft (d. h. der Sozialdemokratie, D. R.) gute Kameradschaft zu halten, so daß sich heute kein Miston in die Glückwünsche mischt, die jetzt aus allen Ecken Deutschlands und von allen Organisationen die Redaktionsstube der Schwarzklünster in Leipzig erreicht haben.“

### Abschied.

Spät, beim letzten Abendgauen,  
Daß ich fort von hier;  
Wandern über dunkle Auen  
Und durch's Waldrevier.

Ziehen in die weite Ferne,  
Unbekannt, wohin,  
Um zu suchen nach dem Sterne,  
Der einst hell mir schien.

Der mir einst so golden strahlte,  
Bis er unterging,  
Der die Welt voll Glück mir malte  
Und mich ganz umring.

Ah, das Glück, ich wollt es halten,  
Doch es ging mir aus,  
Dram lebt wohl all ihr Gefalten  
Aus dem kleinen Haus.

Habt viel Liebe mir gegeben,  
Als mich's Glück verließ;  
Doch denkt nicht, daß je im Leben  
Ich euch das vergiß.

Nun beim Strahl der Abendsonne  
Zieh ich von hier fort,  
Reinen Frieden, meine Sonne  
Bargst du, süßer Ort.

Werb' ich nun das Glück erwarben?  
Oder sind ich Ruh,  
Wenn mich eintraß, wie die andern,  
Doch die Erde zu —?

Oskar Kümmele.

### Deine Frau und die großen Fragen der Zeit.

(Aus dem kath. Arbeiteraschenbuch für 1913.)

Wenn du, lieber Freund, ein aufstrebender Arbeitermann bist, der in der Politik und in der Standesbewegung eifrig mitwirkt, hast du vielleicht in deinem jungen Eheleben eine große Enttäuschung erlebt an deiner Frau. Hast du dich vielleicht hingekümmert und ihr aus der Zeitung einen großen politischen oder sozialen Artikel vorgelesen und gebot: „Mann und Frau müssen dieselben Interessen haben, also muß ich das Interesse meiner Frau an Politik oder an der Sozialpolitik wecken und fördern.“

Und deine Frau? Sie wollte dir nicht wehtun; aber still hat sie geseufzt, wenn du schon mit der Zeitung gekommen bist, hat einen Schreien gehabt vor demem Vorlesen, ist schliefend dabei eingeschlafen, und als du sie gefragt hast, da hat sie von allem keine Ahnung mehr gehabt, nicht von Reichsfinanz, nicht von Schutzoll und Freihandel, nicht einmal von achtstündiger Arbeitszeit. Da bist du verdrießlich geworden, hast vor dich hingekurt: „Lange Haare und kurzer Verstand“, und seitdem redest du von der Standesbewegung und von der Sozialpolitik überhaupt nicht mehr mit ihr. So ist ihr ein großes Leid aus deiner männlichen Tätigkeit einfach ein Buch mit sieben Siegeln geworden, höchstens, daß sie sich, wenn's heißt, Beiträge bezahlen, und daß sie den Arbeiterverein für einen Verein ansieht, wo die Mannsleute Bier trinken, der Präses Brandreden hält, die Mitglieder bei Festlichkeiten hinter der Bühne marichieren und ein- bis zweimal im Jahre ein Theaterstück gespielt wird.

Nun, vielleicht hast du eine Frau von dem Schlage der Hedwig Zell: eine, deren ganzes Leben ausgeht in der Sorge um dich und die Kinder; die den großen Fragen der Zeit beim besten Willen keinen Gleichmaß gewinnen kann. Schilt sie daraus nicht! Sie ist doch dein guter Engel, hat Interesse für die Hauswirtschaft, für die Erziehung, für die Hut und Bewahrung deiner Sprößlinge. Und wenn du schaffst und wagst in der Standesbewegung, und du hast etwas erreicht, so ist sie doch stolz auf dich und freut sich des Erfolges. Sie hat unbegrenztes Vertrauen zu dir: laß ihr ruhig das Reich der Hauslichkeit und verichone sie mit Politik und Sozialpolitik, gib ihr aber zum Lesen eine schöne, praktische Erziehungszeitschrift.

Vielleicht auch, daß so eine wie die Gertrud Stauffacher in ihr steht; eine, die sich entflammen kann für die Standesbewegung, die dir mit gutem Rat zur Seite steht, die unglücklicherweise opferbereiter dafür ist als du selber. Auch eine solche versteht nicht den trocknen Artikel in der Zeitung. Sie will in dir die Standesbewegung sehen, erfahren, was dich bedrückt, was dich erfreut. Der Artikel in der Zeitung läßt sie kalt, weil er nichts Persönliches gibt, kein Leben ist. Aber wenn du ihr jetzt erzählst, was ihr wollt mit der Standesbewegung, warum du mit dabei bist, warum du heute zur Versammlung gehst, was ihr gestern geplant und beschlossen habt, da wird sie stolz auf dich, da sieht sie in dir die Bewegung lebendig. Dann versteht sie auch das Ziel der Bewegung, und dann — ja dann hast du an ihr eine verlässliche Beraterin. In sogar, wenn du

einmal solltest den Mut sinken lassen, eine aufmunternde, treibende Kraft, eine gar, die für die Bewegung und um der großen Zukunft der Ihrigen willen hungern, leiden, opfern kann.

Gewiß liegt in der Beschäftigung der Frau mit den großen Fragen der Zeit eine Gefahr — für die Frau sowohl wie für dich. Sie sieht das Ziel der Bewegung — körperlich gleichsam tritt es ihr vor's Auge. Schau, wie die Eva im Paradiese es macht. Der böse Geist flüstert: „Ihr werdet sein wie Gott.“ Ei, das ist ja der Traum des Weibes: sein wie Gott. Dazu fühlt sie sich ja berufen, erschaffen. Ihre lebendige Einbildungskraft zeigt ihr jetzt dieses Ziel — himmlisch schön. Und nun verpflichtet ihr jemand dieses Ziel — nicht durch mühsames Arbeiten, nicht durch langwierigen Gehorham soll sie es erreichen, nicht schrittweise durch ruhiges Vorgehen, sie soll bloß den Mut haben, vom verbotenen Baume zu essen. Und weil sie bloß mit der Einbildungskraft das Ziel sieht, ist sie ruhiger Ueberlegung nicht mehr fähig. Sie ist leichtgläubig, läßt sich blenden, belügen, geht gleich entschlossen auf's Ganze und reißt den Mann mit ins Verderben. Sie riskiert das Fliegen zum Ziel, weil sie nichts anderes sieht als das Ziel, aber nicht die unendliche Mühe des Aufstiegs, nicht die Klippen und Gefahren, die unterwegs lauern auf Leib und Seele.

Sieh, darum ist in unserer Zeit die Frauenbewegung so kritisch, weil die Frau so sehr empfänglich ist fürs Schlagwort, für die Dinge, die sich an Einbildungskraft und Gemüt wenden. Hat sich einmal ein sozialdemokratisches Schlagwort in ihrem Gehirn festgesetzt, hat einmal die politische Leidenschaft ihr Gemüt gepackt, so ist es schier unmöglich, sie zu kurieren. Sie ist dann blind, fanatisch, und nichts ist grausamer, nichts ist rücksichtsloser, nichts ist unbedeutlicher wie ein fanatisiertes Weib.

Siehst du nun auch, wie sehr ihr zwei zusammengehört? Wie wichtig es ist, daß du sie vor derartigen Ausschreitungen bewahrst? Wie sehr du die Pflicht hast, ihr Interesse für eure christliche Bewegung zu gewinnen? Wie sehr du sie lehren mußt, die Schwierigkeiten zu erkennen und den richtigen Begriff von der Arbeiterbewegung zu gewinnen? Wie sehr du sie bewahren mußt vor den Schlagwörtern des Fanatismus? Wahrhaftig, ihr zwei gehört zusammen in die christliche Arbeiterbewegung hinein, ihr müßt euch gegenseitig rügen und helfen darin. — Mann und Weib — nicht bloß ein Leib, sondern ein Herz und eine Seele.

Buchdruckerverband und Sozialdemokratie sind jetzt ein Herz und eine Seele. Das hat auch die „Leipziger Volkszeitung“, die erbitterteste Gegnerin Rehgäusers, schon am 27. Februar 1912 konstatiert. Unlänglich des 50-jährigen Bestehens des Leipziger Buchdruckerortsvereins schrieb sie, das Verhältnis zwischen Buchdruckerverband und Sozialdemokratie hätte schon früher besser sein können, wenn die Leitung des „Korrespondent“ etwas mehr Verständnis für das Wesen des Sozialismus und die Notwendigkeit der politischen Organisation der Arbeiter im sozialdemokratischen Sinne bewiesen hätte. Seit dem Rücktritte Rehgäusers ist es endlich auch in dieser Beziehung besser geworden und damit bewiesen, daß es nicht an der Sozialdemokratie, sondern an der Leitung des Organs der Buchdrucker gelegen hatte, wenn die Konflikte und Auseinandersetzungen zwischen der Buchdruckerorganisation und der Sozialdemokratie nicht abreißen wollten.

Heute ist der Buchdruckerverband, wie alle „freien“ Gewerkschaften, nur eine Agitationsfiliale, eine Unterabteilung der politischen Sozialdemokratie. Die nicht-sozialdemokratischen Gesellen mögen die naheliegenden Konsequenzen daraus ziehen.

**Landkrankenkassen in Industriestädten.** Aus Dortmund, Bochum, Düsseldorf, Münster u. a. kommt die Nachricht, daß der Gemeindevorstand die Errichtung einer Landkrankenkasse beschlossen habe bzw. die Errichtung jedenfalls beschließen werde. So unglücklich diese Nachricht klingen mag, sie vermeldet dennoch eine Tatsache. Das ist ein schändlicher Vorwurf der Arbeiterschaft gegenüber.

Die Landkrankenkasse ist in die Versicherung aufgenommen worden, um das ganze Versicherungswesen nicht zu Fall zu bringen. Die Konservativen haben damals mit ihrem miserabel schlechten Verwaltungswesen diese Kassenform mit ihren besonderen niederen Leistungen verlangt, um den angeblich besonderen Verhältnissen innerhalb der Landwirtschaft, namentlich des landwirtschaftlichen Stens, Rechnung zu tragen. Nur ungern haben sich die anderen Mehrheitsparteien diesem Verlangen angeschlossen, um nicht die ganze Versicherungsordnung scheitern zu lassen. Um den Unmut der Arbeiterschaft über die Schaffung einer solchen elenden Kasse niederzuschlagen, ist versichert worden, es sei gar nicht daran zu denken, daß in den Industriestädten des Westens diese Kassenorganisation gegründet würde. Das haben die Vertreter der Reichsversicherungsordnungsmehrheit, wie Zentrum, Nationalliberale, erklärt. Und jetzt geschieht es dennoch. Vertreter jener Mehrheitsparteien geben ihre Zustimmung.

Die Gründe, die gegen eine Landkrankenkasse sprechen, sind bekannt; wir führen sie hier nochmals in möglichster Kürze an:

1. Zunächst widerspricht die Errichtung einer Landkrankenkasse für die industriell entwickelten Gemeinden dem Geiste der Reichsversicherungsordnung.

2. Dadurch, daß in den Kreisen der Krankenkassenversicherungspflichtigen die Landkrankenkasse einhellige Ablehnung erfährt, wird dieselbe von vornherein zum Zankapfel gemacht werden, was ihrer gedeihlichen Entwicklung schädlich sein muß.

3. Hauptsächlich ist für die Ablehnung die Tatsache maßgebend, daß den Versicherten in der Landkrankenkasse ein freies Selbstverwaltungsrecht nicht gewährt ist. Der Krankenkassenvorstand wird vom Gemeindevorstand ernannt. Eine wirkliche, aus freier Wahl hervorgegangene Selbstverwaltung ist also nicht gegeben. Die Arbeiterschaft hält aber die freie Selbstverwaltung für ein grundsätzliches und historisches Recht innerhalb der Krankenversicherung. Infolge dieses freien Selbstverwaltungsrechtes hat die deutsche Krankenversicherung zu der großartigen sozialen Einrichtung gemacht werden können, als die sie heute in der ganzen Welt anerkannt wird. Weil in den Landkrankenkassen dieses Selbstverwaltungsrecht fehlt, ist das Interesse und die positive Mitwirkung der Versicherten und damit der großzügige Ausbau der Landkrankenkasse ausgeschlossen.

Die Selbstverwaltung in den Krankenkassen war für die Arbeiterschaft eine große soziale Schule. In den Krankenkassenvorständen und -ausschüssen haben sie einen bedeutenden Anstoß zu sozialem Denken, sozialer Betätigung und sozialem Verantwortlichkeitsbewußtsein erhalten. Diese Erziehungsschule wäre weiten Arbeiterschichten durch die Errichtung einer Landkrankenkasse verschlossen.

4. Ferner ist für den ablehnenden Standpunkt maßgebend die geringe Leistungsfähigkeit der Landkrankenkasse. Hinter den Leistungen der zentralisierten Ortskrankenkassen muß die Landkrankenkasse zurückbleiben, selbst für den Fall, daß die Verwaltungen in den ersten Satzungen die im Gesetz zulässigen Leistungsverpflichtungen, wie Gewährung von Wächnerinnenunterstützung für vier Wochen anstatt acht Wochen, die Verfürzung des Krankengeldes während einiger Wintermonate, nicht in die Satzungen aufnehmen würden. Auch dann ist noch zu berücksichtigen, daß jede Generalversammlung der Landkrankenkasse das Recht hat, die Leistungen zu verschlechtern. Bei dem großen Einfluß, den infolge der eigenartigen Verwaltung der Landkrankenkasse die Arbeitgeber (Dienstverhältnisse) auf die Landkrankenkasse ausüben werden, ist die Gefahr einer absichtlichen Niedrighaltung der Leistungen nicht ausgeschlossen.

5. Eine weitere Schwierigkeit und Schädigung der Versicherten muß sich bei der Errichtung einer Landkrankenkasse durch den häufigen Stellenwechsel ergeben. Ein großer Teil der Versicherten muß bald der Landkrankenkasse, bald einer der bestehenden Ortskrankenkassen als Mitglied angehören, wodurch eine Schwächung der erworbenen Rechte nicht zu umgehen ist.

Aus diesen Gründen muß die Arbeiterschaft gegen eine Landkrankenkasse sein und gegen die Errichtung einer solchen in den Industriestädten bei den maßgebenden Instanzen Protest einlegen.

**Krankenkassen-Verbände und Leipziger Ärzteverband.** Der Leipziger Ärzteverband, die wirtschaftliche Interessenvertretung eines Teiles der deutschen Ärzte, hat durch sein schroffes und rabiaties Verhalten zu der heute vorhandenen Spannung zwischen Krankenkassen und Ärzten wesentlich beigetragen. Er hat die Interessenvertretung seiner Mitglieder in einer Art geübt, die sachlich nicht begründet, diesen selbst nur schädlich, und den Verband selbst in den Augen gerecht denkender Menschen herabsetzen könnte.

Infolge der Reichsversicherung war es erneut zu Streitigkeiten zwischen Krankenkassen und Ärzteverband gekommen. Dazu erlassen jetzt die in Deutschland vorhandenen Krankenkassenorganisationen, der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden; Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen; Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen-Köln; Allgemeiner deutscher Knappschaftsverband, Berlin; Verband deutscher Innungs-krankenkassen, Hannover; Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, Berlin folgende Erklärung:

Die Krankenkassen-Zentralverbände, welche die Interessen von über 14 Millionen Versicherten vertreten, Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter aller Parteien in sich vereinigen und in der Arztfrage in allen Punkten völlig einig gehen, haben bereits bei früherer Gelegenheit kundgegeben, daß sie den dringenden Wunsch hegen, mit den Ärzten in Frieden zu leben und eine Verständigung auf allgemeiner Grundlage herbeizuführen. Nachdem die vom Reichsamt des Innern in dankenswerter Weise eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen den Verbänden der Krankenkassen und der Ärzte vorläufig gescheitert sind, halten es die Krankenkassenverbände für geboten, vor der Öffentlichkeit folgendes festzustellen:

1. Die Krankenkassenverbände waren bereit, an den Einigungsverhandlungen teilzunehmen auf der Grundlage, die in der Einladung des Herrn Staatssekretärs Dr. Delbrück zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern am 13. November 1912 gegeben war. Die Krankenkassen hatten sich hierzu unter Zurückstellung schwerer Bedenken entschlossen und obwohl sie nach ihrer ausdrücklichen Ueberzeugung durch die Fassung des Entwurfs der Vereinbarung bei den Verhandlungen von vornherein in eine ungünstige Stellung gebracht waren. Demgegenüber ist der Leipziger Ärzteverband trotz wiederholter Vorstellungen der Reichsregierung dabei verblieben, daß er Vertreter zu den Einigungsverhandlungen nur dann entsenden werde, wenn die Teilnahme der Ärzte daran auf die Vertretung seiner Richtung beschränkt werde. Mit Recht hat es Herr Staatssekretär Dr. Delbrück abgelehnt, sich von dem Leipziger Verband in dieser Beziehung Vorschriften machen zu lassen, und erklärt, daß der Leipziger Verband das Zustandekommen einer Konferenz verhindern will und somit die Verantwortung für das Scheitern des Vermittlungsversuches der Regierung trägt.

2. Die gesamten Krankenkassen-Zentralverbände sprechen sich weiter einmütig aus gegen die Sonderverhandlungen zwischen Krankenkassen- und Ärztekreisen für einzelne Bundesstaaten, weil nach ihrer Ansicht auf diese Weise der herbeigesehnte Friede in vollem Umfange nicht zu erreichen ist. Keine der beiden Parteien würde bei solchen Einzelverhandlungen mit vollkommener Freiheit vorgehen können, weil sie sich durch Rücksichten auf die Gesamtlage gebunden fühlen würde. Einigungsverhandlungen können nur dann Zweck haben, wenn sie durch die Zentralverbände und für das ganze Reich geschehen.

3. Der Leipziger Ärzteverband steht den Krankenkassen kampfbereit gegenüber; er hat für einen allgemeinen Kampf einen Millionenfonds angesammelt, er hat örtliche Ärztevereinigungen geschaffen, die rein wirtschaftliche Zwecke verfolgen. Diese Vereine sollen in Zukunft allein noch Verträge schließen mit den Krankenkassen und den anderen Körperschaften, welche auf die Ärzte angewiesen sind. Nach dem Willen des Leipziger Verbandes sollen in Zukunft die einzelnen Ärzte überhaupt keine Verträge unterzeichnen. Den Krankenkassen ist es in Wahrung ihrer wichtigsten Interessen und ihres Bestandes unmöglich, die zur Genüge bekannten Forderungen des Leipziger Verbandes zu erfüllen. Bei dieser Sachlage und bei der drohenden Kampfesstellung des Leipziger Verbandes müssen die Krankenkassen erwarten, daß entweder ihnen die ärztliche Hilfe, nötigenfalls durch beamtete Ärzte sichergestellt wird, ohne daß sie in Streitfällen von der Gewährung der ärztlichen Behandlung entbunden und alsbald ermächtigt werden, an deren Stelle die im Gesetz vorgesehene Geldleistung zu geben.

Zur Reichstags kam am 15. Januar bei der Besprechung des Haushalts des Innern auch die Rede auf das Verbot des Streikpostenstehens. Einige Redner der Rechtsparteien (Konservative, Reichspartei) hatten ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens verlangt. In seiner Rede kam der Staatssekretär von Delbrück auf diesen Punkt zu sprechen. Indem er zunächst Bezug nahm auf seine im vorigen Jahre zu derselben Sache gemachten Äußerungen, führte er aus:

„Ein Verbot des Streikpostenstehens erachte ich als ein untaugliches Mittel zur Bekämpfung der Uebel, deren Vorhandensein ich mit Ihnen anerkenne. Der Terrorismus, der die Arbeitswilligen und ihre Angehörigen be-

droht, wird nur zum geringsten Teil angeht von den Streikposten. Es würde auch überdies schwierig sein, eine juristisch einwandfreie Definition des Streikpostenstehens zu erhalten. Eine völlige Beseitigung der Verletzung der Arbeitswilligen ist nur möglich durch eine systematische Aenderung unserer strafrechtlichen Bestimmungen, in deren Bearbeitung wir begriffen sind. Um Ausschreitungen der Streikposten und Ausschreitungen bei Gelegenheit eines Streiks zu begegnen, genügen die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen. Das bestätigen die Erfahrungen im Ruhrrevier.“

Ein Verbot des Streikpostenstehens werden wir also nicht zu befürchten haben, wohl aber eine Verschärfung der Bestimmungen des Strafgesetzbuches, die Drohung und Terrorismus ahnden. Wir wollen abwarten, wie diese „systematische Aenderung unserer strafrechtlichen Bestimmungen“ aussehen wird, erklären aber heute schon, daß wir eine solche Aenderung für überflüssig halten, weil u. E. die vorhandenen Bestimmungen vollaus genügen. Die zum Teil gerabezu drakonische Bestrafung von leichten Terrorismusfällen beweist das mehr als zur Genüge. Dann sind wir auch grundsätzlich gegen jede Verschärfung solcher Bestimmungen, die hauptsächlich Vergehen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter fassen, wenn nicht auf der anderen Seite eine Verbesserung unseres schlechten Koalitionsrechts gewährleistet wird.

In derselben Rede kam der Minister auch auf die letzte Gewerkschaftsentscheidung zu sprechen und bemerkte, daß wir (die Reichsregierung, D. R.) in dem Gewerkschaftsstreit vermittelnd eingegriffen und in Rom zu Gunsten der interkonfessionellen Gewerkschaften gewirkt haben, und daß die Kurie den Willen hat, den katholischen Arbeitern den Beitritt zu den Gewerkschaften nicht zu beschränken. Damit ist das Fortbestehen der Gewerkschaften in der bisherigen Weise nunmehr gesichert.

Der Fortbestand der christlichen Gewerkschaften wäre auch ohne das Eingreifen der Reichsregierung, das wir übrigens gerne anerkennen, gesichert gewesen. Unsere Bewegung ist heute so stark geworden, daß sie von der wohlwollenden Mitwirkung oder von der Ungnade anderer Kreise nicht mehr abhängig ist.

**Eine Eingabe zur reichsgesetzlichen Wohnungsreform.** Der Vorstand der Gesellschaft für Soziale Reform hat Anfang Januar an den Bundesrat und den Reichstag die dringende Bitte gerichtet, die Arbeiten für die Wohnungsreform so zu beschleunigen, daß ein Reichswohnungsgesetz noch in der gegenwärtigen Tagung des Reichstages verabschiedet werden kann.

Zur Begründung dieses Ersuchens führt die Eingabe aus:

„Eine durchgreifende Besserung des Kleinwohnungs-wesens ist eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der Sozialpolitik. Fast alle anderen Bestrebungen zur Hebung der arbeitenden Massen, der Kampf gegen Volks-sünden, Alkoholisismus und sittliche Schäden, die Festigung des Familienlebens, die Erweiterung der Bildung, können nur nach Beseitigung der schweren Mißstände in unseren Wohnungsverhältnissen wirklich erfolgreich sein. So ist es, um nur eins hervorzuheben, eine leider häufig gemachte Erfahrung, daß den großen Aufwendungen der Landes-versicherungsanstalten für Erholungsaufenthalt und Heil-pflege die Nachhaltigkeit der Wirkung nicht entspricht, weil die Patienten in überfüllte, licht- und luftarme Wohnungen zurückkehren müssen, wo ihre Gesundheit aufs neue bedroht wird.“

Die Gesellschaft für Soziale Reform hat es deshalb mit allem am Volkswohl interessierenden Kreise freudig begrüßt, daß die Notwendigkeit der Wohnungsreform vom Reichstag am 22. Mai 1912 einstimmig zum Ausdruck gebracht worden ist. Sie tritt aber nachdrücklich den neuerdings vorgebrachten Bedenken gegen eine reichs-gesetzliche Regelung entgegen. Das Reich muß Haupt-träger der Wohnungsreform sein. Es muß ihre Grundlinien feststellen. An einer Zer-splitterung des Reformwerks könnte das ganze Werk selbst scheitern.

Die unterzeichnete Gesellschaft für Soziale Reform schließt sich in dieser Hinsicht den Forderungen der zweiten deutschen Wohnungs-Konferenz (Frankfurt a. M., 9. Nov. 1912) im vollen Umfang an. Insbesondere ist eine Wohnungsaufsicht durch das Reich anzurufen, die den Kreis der aussichtspflichtigen Wohnungen abgrenzt und die Organisation der Aufsicht einheitlich regelt. Der Wohnungsaufsicht sind Wohnungsnachweise für die minderbemittelten Klassen anzufordern und beide Ein-richtungen den überall zu schaffenden Wohnungsämtern zu unterstellen.

Ferner ersucht die Gesellschaft für Soziale Reform die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs, Maßnahmen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und zur Verbilligung der Mietpreise zu ergreifen. Da der Kreditmangel gegenwärtig die Herstellung von Kleinwohnungen hemmt, ist eine Erleichterung der Baugeld- und Hypothekenbeschaffung dringend notwendig. Auch wird die Ausgestaltung des Erbbaurechts befürwortet, um der Beeinflussung der Mieten durch den Bodenpreis nach Möglichkeit entgegenzuwirken.

Hinsichtlich der weiteren Herabminderung der Pro-dukionskosten der Wohnungen schließt sich die Gesellschaft für Soziale Reform den Forderungen der Reichstags-resolution an die Einzel-Landtage nach Gewährung von Steuer- und Abgabenerleichterungen, Ver-leihung des Enteignungsrechts für den Klein-wohnungsbaue und Abänderung der Bauordnungen an.

Aber nur wenn das Reich vorangeht und alle ge-nannten Maßnahmen zusammenwirkt, läßt sich die all-mächtige Gesundung unserer Wohnungsverhältnisse er-reichen, deren die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung, ja das ganze Volk zur Erhaltung der nationalen Wehrkraft und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der sittlichen und leiblichen Gesundheit bedarf.

**Ziefer gehts nimmer.** Auf seiner außerordentlichen Generalversammlung am 8. Dezember in Dresden hat der sächsische Landesverband evangelischer Arbeitervereine seinem bisherigen Agitationsleiter, Herrn Pastor Richter-Königswalde i. Erzgebirge, entgültig die Freundschaft gekündigt und ihm den Austritt aus dem evangelischen Arbeiterverein nahegelegt. Andernfalls will der Landesverband den ganzen Verein Königswalde ausschließen.

Das es schließlich so kommen mußte, war für jeden Einsichtigen unschwer zu erkennen. Herrn Pastor Richter's Ziel liegt nach seinen eigenen Angaben in der Schaffung einer einheitlichen nationalen Arbeiterpartei, die politische, gewerkschaftliche und sonstige gemeinnützige Aufgaben erfüllen soll. Im Grunde ist die Angelegenheit, wie in Sachsen Sigura zeigt, als stark „gelbes“ Unternehmen einzuschätzen und zu bewerten. In den Reihen der christlichen Gewerkschaften fand Herr Pastor Richter gar keine Gegenliebe, wie er auch andererseits keine Gegnerschaft zu den christlichen Gewerkschaften nicht unterdrückt hat.

Die Kirch-Dumderische Gewerkschaftspropaganda verbreitet nun in einem „Ziefer gehts nimmer“ überschriebenen Artikel die Behauptung, es sei Herr Pastor Richter gelungen, für seine Ideen außer Anhängern der Kirch-Dumderischen Gewerkschaften auch solche bei den christlichen Gewerkschaften zu gewinnen. Es sei dagegen festgestellt, daß die verworrenen Pläne des Herrn Pastor Richter von den christlichen Gewerkschaften samt und sonders entschieden abgelehnt und verurteilt worden sind, wie überhaupt von hier aus seine Arbeit mit viel Mißtrauen betrachtet wurde. Die agitatorische Hilfe, die ein Teil der von Herrn Pastor Richter angestellten Sekretäre den Kirch-Dumderischen Gewerkschaften leistete bestätigt dagegen das bestandene gute Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und Herrn Pastor Richter.

Durch ihre unzutreffende Darstellung der Verhältnisse möchten die Gewerkschaften (S.-D.) in Sachsen wie es scheint, ihre bisherige freundliche Stellung zur Pastor Richter'schen Bewegung vertuschen. Wenn die Kirch-Dumderianer sich das aber leichter zu machen suchen mit der Behauptung, Pastor Richter habe für seine „Ideen“ auch bei den christlichen Gewerkschaften Anhänger gefunden, so ist das ganz entschieden zurückzuweisen.

**Worauf verzichten die Gelben?** Diese Frage wird in einem lehrreichen Artikel über die gelbe Bewegung in dem neuen erschienenen Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1913 wie folgt beantwortet:

„Sie (die Gelben) verzichten darauf, sich selbst zum Träger ihres Geschickes zu machen, indem sie sich den Unternehmern auf Gnade oder Ungnade ergeben. Sie verzichten auf eines der wenigen Rechte, welches sich die Arbeiter bisher erringen konnten und dessen Ausbau ihre stetige Sorge sein muß: auf das Recht selbständiger und damit wirklich freier Koalition. Sie verzichten auf die rechtliche Hebung ihres Standes; denn wer das Grundrecht für die Standeshebung, das Recht selbständiger Koalition, preisgibt, zerbröckelt dadurch den rechtlichen Aufschwung an der Wurzel. Sie verzichten damit zugleich auf die soziale Hebung. Diese jetzt nicht nur vermehrte Rechte der Arbeiter, sondern den Willen und die Fähigkeit der Benutzung derselben voraus. Sie verzichten ferner auf jeden geistigen und kulturellen Aufstieg. An dessen Anfang steht ja doch die freie Auswirkung der Persönlichkeit; diese aber tritt der Gelbe selbst mit Füßen. Und bei alledem verzichten die Gelben noch auf materielle Hebung. Durch die übrigen Verzichtleistungen haben sie sich selbst Barrikaden dagegen aufgerichtet, haben sich selbst an Händen und Füßen gebunden, der Willkür des Unternehmers ausgeliefert. Ihre Verzichtleistungen rechtlicher und geistiger Art zeugen letzterem von ihrer Unfähigkeit, eine höhere Stufe, eine Stellung mit vereinigten Ansprüchen im Volksganzen auszufüllen, und darum bedürfen sie in seinen Augen auch nicht des materiellen Aufstiegs, während doch gerade materielle Erwägungen ihre erbärmliche Haltung diktiert haben. In den meisten Fällen verzichten die Gelben dann auf das Recht des freien Bürgers, indem sie sich wohlpolitisch mißbrauchen lassen. Sie verzichten auf das, was dem Menschen mehr wie alles teuer sein sollte: auf ihre Ehre. Nicht nur sich selbst gegenüber, indem bei solchem Verhalten die Selbstachtung immer gleich ist, sondern sie verzichten auch auf die Achtung ihres Berufskollegen und aller Einsichtigen. Und warum das alles? Um die zugehörige materielle Zuwendung, die die Ausübung ihres Koalitionsrechtes wie der sonstigen Rechte ihnen in vielleicht stark vervielfachtem Betrage eingebracht haben würde, im Laufe mehrerer Jahre aber ganz sicher einbringt.“

**Worauf der Arbeitgeber dagegen verzichtet?** Auf nichts! Im Gegenteil: der Boss mit dem Geldbedürfnis hat ihm die Arbeiter vollständig in die Hand gegeben. Er ist vor ihren Forderungen sicher und schließt sie in jeder Weise wie Puppen, die auf einen bloßen Druck gehorchen.“

**Ein Gebetsbuchfabrikant gegen das Koalitionsrecht.** Es gibt noch immer Arbeitgeber, die den unhaltbaren Standpunkt vertreten, daß sie mit einer gewerkschaftlichen Organisation nicht verhandeln können, wenn es sich um die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen handelt. Wenn man noch dazu erfahren muß, daß ein Gebetsbuchfabrikant es ablehnt, die christliche Organisation als berufene Vertreterin der Arbeiter anzuerkennen, dann ist das doppelt bedauerlich und unbegreiflich.

Herr Gebetsbuchfabrikant J. Thum in Revelaer vertritt diesen Standpunkt. Arbeiter seines Betriebes, die sich dem christlichen Zentralverband (christliche Organisation) angeschlossen, unterzog er einem pein-

lichen Verhör und kündigte ihnen bald unter allerlei haltlosen Vorwänden. Mit der Organisation will er niemals über Lohnfragen verhandeln.

Die Löhne sind in Revelaer bedeutend niedriger als an anderen Orten. Lohnforderungen sind bisher seitens der Organisation nicht gestellt worden. Da Herr Thum eventuellen Arbeitswilligen 10 Prozent mehr Lohn bietet als seinen bisherigen Arbeitern, gibt er selbst zu, daß die Löhne bisher in Revelaer zu niedrig waren. Die dortigen Arbeiter haben also allen Grund, sich zu organisieren. Herr Thum meint, nur in der Großstadt sei die christliche Organisation angebracht, damit die Sozialdemokratie durch sie bekämpft werde. Diese Auffassung ist recht sonderbar. Die christlichen Gewerkschaften sind nicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, sondern zur entschiedenen Vertretung der Berufsinteressen ihrer Mitglieder gegründet worden.

Einem Fabrikanten von Gebetsbüchern steht es schlecht an, christliche Arbeiter bezwungen in den Streit zu zwingen, weil sie sich den christlichen Gewerkschaften anschließen. 36 Arbeiter seines Betriebes, die mit der Entlassung ihrer ebenfalls christlich organisierten vier Gesinnungsgenossen nicht einverstanden sind, traten am 16. Januar in den Streit, nachdem alle denkbaren Versuche zu einer friedlichen Verständigung nicht führen konnten. Sie müssen sich das Koalitionsrecht noch erkämpfen. Das ist traurig, aber wahr.

### Aus unserer Industrie.

#### Die Jahresbilanz der Textilindustrie

wird in dem letzten Hefte der „Konjunktur“ von Calwer in folgender Weise gezogen:

„Der Rückgang des Ertrags der im deutschen Textilverwerk investierten Kapitalien hält nun schon seit zwei Jahren an. Es ist die gleiche Periode, in der das Gewinnergebnis der wirtschaftlichen Unternehmungen überhaupt angelegten Kapitals kräftig stieg. Die Schwierigkeiten der Textilindustrie zeigten sich meist gleichzeitig auf dem Rohmaterial wie auf dem Absatzmarkt. Immerhin haben sich im Jahre 1912 die Rohstoffverhältnisse der Baumwollfabrikation erheblich gebessert; in der Steigerung der Rohbaumwollzufuhr kam diese günstige Entwicklung entschieden zum Ausdruck. Ob man dagegen dem Textilverwerk hinsichtlich der Absatzverhältnisse eine günstige Prognose stellen darf, erscheint sehr fraglich. Da hängt viel von der Preisentwicklung am Lebensmittelmarkt ab; es kommt zum guten Teil auch darauf an, ob nicht breite Arbeitermassen, wie etwa Bauarbeiter und Holzarbeiter, durch längere Ausperrungen in ihrer Kaufkraft geschädigt werden; ob ihre Kaufkraft durch günstigen Tarifabschluß wächst und deraufbaut.“

Hier zeigt sich wieder, wie sehr das Kapital von der wirtschaftlichen Besserstellung der Arbeiterschaft abhängt; nur die Besorgnis vor Lohnforderungen im eigenen Betrieb hält die Unternehmer zurück, den Arbeitern bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen in großen Gewerbezweigen ihre moralische Unterstützung zu leisten, ein Verhalten, das sich hinterdrein durch verringerten Absatz bei den breiten Volksschichten empfindlich rächt. Gerade die Textilindustrie sollte sich die Bilanz des letzten Jahres zur Lehre dienen lassen.

Die Gewinne gingen fast in allen Zweigen des genannten Gewerbes zurück.

Von Januar bis November 1912 publizierten 302 Aktiengesellschaften der Textilwarenherzeugung vergleichbare Geschäftsberichte für das Jahr 1911/12. Die genannten Betriebe arbeiteten im vorletzten Geschäftsjahr mit 570,71 Millionen Mark Nominalkapital und steigerten ihre gesamten Kapitalien im Berichtsjahr auf 576,13 Millionen Mark. Die Dividendensumme mußte von 42,96 Millionen Mark auf 38,01 Millionen Mark herabgesetzt werden. Bezogen auf das jeweilige Gesamtkapital sank die Dividendenquote im Textilverwerk mithin von 7,5 auf 6,6 Prozent, nachdem für das Jahr 1909/10 durchschnittlich noch 8,7 Prozent verteilt worden waren.

Die einzelnen Gruppen der Textilbearbeitung hatten an dem Rückgang der Erträge verschiedene Anteile. Besonders ungünstig hat die Baumwollindustrie in der Kampagne der Berichtszeit abgezeichnet, da sie die Folgen der unerquicklichen Vorgänge am Rohbaumwollmarkt im Herbst 1911 zu tragen hatte. Die Ergebnisse der beiden letzten Jahre gestalteten sich in den Zweigen der Baumwollfabrikation folgendermaßen:

Zweig	Jahr	Zahl d. Aktien-Ges.	Divi- kapital in Millionen Mark	Divi- dende i. Proz.
Spinnereien	1910/11	40	54,97	3,28
	1911/12	40	55,72	2,92
Webereien	1910/11	17	21,66	1,59
	1911/12	17	21,79	1,27
Spinnwebereien	1910/11	54	126,92	5,90
	1911/12	54	125,72	4,23

Am härtesten haben also die Spinnwebereien in den letzten Jahren die Urangst der Konjunktur im Textilverwerk verspüren müssen. Auch das Wollgewerbe hat den günstigen Stand der vorhergehenden Jahre nicht halten können. Es liegen 29 Bilanzen von Kammergarnspinnereien vor, die für das vorletzte Jahr 75,63 Millionen Mark für die Berichtszeit 77,17 Millionen Mark Nominalkapital ausweisen. Die Ermäßigung der Dividendensumme von 7,74 Millionen Mark auf 6,69 Millionen Mark entspricht einer Verringerung der Durchschnittsdividende von 10,2 auf 8,7 Prozent. Im übrigen Wollgewerbe mußte die Dividendenquote von 8,0 Prozent auf 7,9 Prozent vermindert werden; die in Leinen- und Faserwebereien angelegten Kapitalien in Höhe von 68,26 Millionen Mark konnten durchschnittlich nur mit 6,4 Prozent gegen 7,5 Prozent im Vorjahr dotiert werden.

### Wirkungen des Balkankrieges auf die Textilindustrie

sind auch in Deutschland verspürt worden. Der Novemberausweis des deutschen Außenhandels zeigt diesen Ausfall recht deutlich. Wollene Kleiderstoffe wurden bislang in erheblichen Mengen nach Rumänien und der Türkei verhandelt; für beide Länder ergibt sich in den Produkten ein Rückgang. Am rumänischen Markt kamen im November v. J. 807 dz wollene Kleiderstoffe aus Deutschland unter gegen 1108 dz im vorjährigen Korrespondenzmonat; die Türkei nahm 378 dz auf, wogegen im November des Vorjahres 1100 dz in das gleiche Land gebracht worden waren. Bei gefärbten und bedruckten Baumwollgeweben ist ein Rückgang des Gesamtexports um etwa 800 dz festzustellen; es ist auch hier ungefähr das Mittlere, das im Verkehr mit dem Balkan errechnet wird; dazu tritt allerdings eine Abnahme der Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn. Im November 1911 und 1912 wurden nach Oesterreich, Rumänien und der Türkei folgende Quantitäten baumwollene Gewebe ausgeführt:

	November 1911	1912	gegen das Vorjahr
Oesterreich-Ungarn	338	151	- 237
Rumänien	674	410	- 264
Türkei	1096	771	- 328

Bei den meisten andern Textilzeugnissen ist gleichfalls noch eine Abschwächung des Warenverkehrs mit dem Balkan festzustellen; doch hielt sich dieser Verkehr auch schon vorher in den engsten Grenzen.

### Vergoldung von Seide, Wolle und anderen Textilstoffen.

etc. Durch Vergoldung von Textilstoffen lassen sich sehr reizvolle Effekte erzielen, und gerade der Kontrast zwischen dem natürlichen oder künstlichen Glanz der Seide oder Wolle und dem lebhaften Schimmer des Goldes reizt zu mannigfachen Kompositionen dieser Art. Die Technik findet sowohl auf Dekorationsstoffe, wie auch in der Bekleidungs-Industrie ihre Anwendung. Die reichste Gelegenheit zum Gebrauch von Stoffen dieser Art bietet allerdings die Bühnenwelt und die Kunst des Dekorateurs.

Textilstoffe jeder Art können ohne weiteres vergolbet werden, indem man sie in eine Lösung von neutralem Goldchlorid eintaucht und dann der Wirkung von Wasserstoffgas aussetzt. Dieser Prozeß läßt sich ohne Schwierigkeit ausführen, indem man etwas verdünnte Schwefelsäure auf Zink oder Zinkspäne gießt, die man in ein Gefäß mit weitem Halse gebracht hat. Dieses stellt man dann unter ein ähnliches, aber umgekehrtes Gefäß, in dessen Oberteil die zu vergoldenden Gegenstände aufgehängt werden. Blumen oder andere ornamentale Verzierungen können in der Weise hergestellt werden, daß man sie mittels eines in die oben angeführte Goldlösung getauchten Kamelhaarpinsels auf die Oberfläche des Stoffes zeichnet. Nachdem man sie einige Minuten der Wirkung des Wasserstoffgases ausgesetzt hat, glänzen die Verzierungen ganz prächtig, auch wird der Ueberzug beim Abwaschen oder bei Einwirkung der Luft seinen Glanz nicht einbüßen.

### Keine Reichszentrale für die Textilindustrie.

In der letzten Bundesratsitzung wurde auch über die Errichtung einer Reichszentrale für die Textilindustrie beraten. Wie berichtet wird, ist an die Errichtung einer solchen Zentrale deshalb nicht zu denken, weil sich verschiedene Bundesstaaten gegen dieselbe ausgesprochen haben.

### Aus dem Verbandsgebiete.

#### Zur gefl. Beachtung für unsere Ortsgruppenvorstände.

Bei der Zentralkasse laufen fortwährend Briefe ein, die nicht genügend frankiert, Druckfachen und Geschäftspapiere, welche entweder verschlossen, oder denen schriftliche Mitteilungen beigelegt und deshalb mit Strafporto belegt sind.

Wir bitten dringend, zur Vermeidung von Strafporto, bei jeder Sendung die Portobestimmungen zu beachten und die Sendungen entsprechend zu frankieren. (Siehe Portotaxe im neuen Verbandskalender.)

Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß von den zum Militär einberufenen Kollegen bis jetzt nur wenige Mitgliedsbücher eingekandt sind.

Die Militärunterstützung kann statutgemäß nur solchen Kollegen gewährt werden, von denen uns das Mitgliedsbuch eingekandt und hierdurch nachgewiesen wird, daß sie bis zum Militäreintritt Mitglied des Verbandes waren.

Mit kollegialem Gruß

Die Zentralkasse.

### Arbeitslosen-Berichterstattung.

Wir machen die Berichterstatter in den einzelnen Ortsgruppen darauf aufmerksam, daß am Samstag, den 25. Januar, Arbeitslosen-Stichtag für den Monat Januar ist. Die an diesem Tage arbeitslos gewordenen Mitglieder sind zu zählen und über das Resultat der Zählung ist dann Bericht zu erstatten. Hierzu sind die grauen Monatskarten zu benutzen. Spätestens vier Tage nach Schluß des Monats Januar müssen die grauen Berichtskarten an die Zentrale eingekandt sein. Wir bitten die Ortsgruppen-Vorstände bzw. die Berichterstatter um rechtzeitige Ein- sendung der Karten.

Das letzte Mal haben nicht berichtet:

Bezirk Grefeld	keine
" M. Stadbach	Hehn, Wanlo,
" Aachen	Haaren, Hergenrath, Fingenbroich, Kettenis, Stohheim
" Barmen	Erkrath
" Bocholt-Gronau	Haltern
" Münster i. W.	Bramsche, Dinklage, Föbdenbüren
" Hannover	Delmenhorst, Dingelstädt
" Schlesien	keine
" Sachsen	Bauzen, Rumerzdorf, Neufalta, Plauen, Sorau
" Bamberg	keine
" Augsburg	keine
" Württemberg	keine
" Baden	Deflingen-Brennet, Mötteln
" Ober-Elsaß	Bühl, Erstein, Gaishausen, Meheral, Moosch
Unter-Elsaß	Rothau, St. Ingbert.

Inhalts-Verzeichnis.

Der dieswöchentlichen Auflage liegt das Inhaltsverzeichnis für den Jahrgang 1918 der Textilarbeiterzeitung bei. Den Ortsgruppen wird wie in früheren Jahren eine Anzahl Exemplare kostenlos zur Verfügung gestellt.

Unsere Polabonnten können das Inhaltsverzeichnis zum Preise von 20 Pfg. von der Zentralstelle in Düsseldorf, Cavalleriestraße 22, beziehen.

Lohnbewegungen und Arbeitskettigkeiten.

Der vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbände verpfuschte und verlorene Kampf in Württemberg.

Musik mit Tanz und komischen Vorträgen für die Streikenden. Wir haben schon früher über die Aussperrung in der württembergischen Textilindustrie berichtet. Der Kampf ist für die Arbeiter vollständig verloren gegangen. Heute sehen wir uns, infolge des Verhaltens des Organs des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, veranlaßt, auf die Sache eingehender zurückzukommen.

Der Streik bei der Firm Buß u. Söhne in Göppingen hat am 26. November, wie vorausgesehen war, ein unruhliches Ende gefunden. In lapidarer Kürze berichtete die sozialdemokratische „Freie Volkszeitung“ folgendes:

„In einer von 800 Aussperrten besuchten Versammlung wurde fast einstimmig beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Streikenden standen 14, die Aussperrten 10 Wochen im Kampfe. Der Versuch der Unternehmer, den deutschen Textilarbeiterverband zu vernichten, ist alänzend vorbegefallen. Die 29 Spulereinnen und Kollerinnen bei der Firma Buß u. Söhne erreichten 5% Lohnerhöhung.“

Nachdem diese Notiz ihre Wirkung erzielt hatte, bequente sich die „Freie Volkszeitung“ 8 Tage später zu der Mitteilung, daß die Lohnerhöhung nicht 5%, sondern im Durchschnitt nur 3% betrage.

Der „Textilarbeiter“ behandelt in Nr. 49 ebenfalls die Beendigung der Aussperrung in Württemberg, er findet es aber nicht für notwendig, seinen Lesern die 3% zu servieren, denn wenn er der Wahrheit die Ehre geben wollte, müßte er auch eingestehen, daß diese Lohnerhöhung schon vor Ausbruch des Streiks bewilligt wurde, und daß demnach der 14wöchige Kampf mit allen seinen Opfern vollständig umsonst geführt worden ist. Uebrigens hat es die Streikleitung aus sehr durchsichtigen Gründen für gut befunden, im Verbandsorgan so wenig wie möglich über den Kampf zu berichten. Was das Organ aber in Nr. 49 und die „Freie Volkszeitung“ in Nr. 282 über die Beendigung der Aussperrung schreiben, ist nichts anderes, als ein schlechter Versuch,

Das Kampffeld zu verschieben

und die erlittene Niederlage in einen Sieg des deutschen Verbandes umzukrempeln. Ob dieser „Sieg“ dazu notwendig war, ähnliche Begleiterscheinungen abzuwehren, wie sie die Bewegung von 1907 für die Führer des sozialdemokratischen Verbandes zeitigte, wollen wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls muß festgehalten werden, daß während dieses Kampfes neue Erziehungsmethoden angewandt worden sind, welche den Beteiligten die harten Opfer des Kampfes und die herbe Enttäuschung nach Beendigung desselben verzußern sollten.

In einer Streikversammlung erklärte der Gauleiter Hyska, er wolle sich kurz fassen, er habe noch einen Herrn aus Stuttgart mitgebracht, welcher noch etwas vortragen wolle. Dieser Herr erpüßte sich dann als ein Komiker, der zur Unterhaltung der Streikenden gekommen war. Auf allen Einladungen zu den Streikversammlungen prangten in Fettdruck die Worte: „Nachher Musik mit Tanz.“ Streik und Aussperrung wurden eingeleitet mit Musik und Tanz, die Niederlage wurde mit Musik und Tanz gefeiert. Darnach kann man ermeßen, was den Leuten alles erzählt worden ist, um sie in festliche Stimmung zu bringen. Das bringt nur der „deutsche“ Textilarbeiterverband fertig.

Die Ursache der Aussperrung war nicht das Verhalten der Unternehmer, den „deutschen“ Verband zu vernichten, sondern es war das allen gewerkschaftlichen Grundsätzen ins Gesicht schlagende Vorgehen des „deutschen“ Verbandes bei der Firma Buß u. Söhne. Der „Textilarbeiter“ gibt ja selber zu, daß von seiten der Streikleitung nicht der mindeste Versuch gemacht wurde, vor Einreichung der Kündigung Verhandlungen anzubahnen. Er schreibt: „Singu kam ferner noch, daß die Unternehmer auf die höflich gehaltene Eingabe weder der Organisation, noch dem Arbeiterausschuß, noch den Arbeiterinnen selbst eine Antwort gaben. Die Arbeiterinnen sagten sich deshalb, wenn wir,

die wir schon bis zu 20 Jahren im Betriebe beschäftigt sind, nicht einmal einer Antwort würdig sind, dann brauchen wir auch bei der Firma Buß u. Söhne nicht zu arbeiten und reichen die Kündigung ein.“

Abgesehen davon, daß nun die Streikleitung feige die Verantwortung für Einreichung der Kündigung auf die Arbeiterinnen abwälzt — denn sie ist es ja jedenfalls nicht gewesen, welche ihnen diese krankhafte Selbstüberhebung beigebracht hat — muß festgestellt werden, daß die Wege zur Anbahnung von Verhandlungen noch nicht alle verschlossen waren. Hier hat die Streikleitung, wenn sie nicht den Kampf provozieren wollte, ihre Pflicht versäumt. Dieses hat auch dazu beigetragen, daß der Wunsch der Arbeiterinnen, nicht mehr bei der Firma Buß u. Söhne arbeiten zu wollen, auch in Erfüllung gegangen ist, ein Teil davon liegt nun auf dem Pflaster, und dafür können sie sich beim Streikleiter bedanken.

Wenn die Arbeitgeber den „deutschen“ Verband vernichten wollten, so hatten sie dazu ein billigeres Mittel in der Hand, als die lange Aussperrung, sie brauchten nur eine andere Parole auszugeben und die größten Schreier im Kampfe, welche durch das unwürdige Betreten um Arbeit ihnen dieses Mittel in die Hand gaben, wären zuerst zur Arbeit gelaufen.

Das geschämige Abrücken von den „Erfolgen“ bei der Firma Buß u. Söhne und die Hervorhebung des „glänzend vorbegefallenen Kampfes“ der Arbeitgeber gegen den „deutschen Verband“ geschieht nur zu dem Zwecke, die Streikenden und Aussperrten über ihren Mißerfolg hinwegzutäuschen. Dazu mußte eine Blendlaterne angesteckt werden, welche die ganze Bewegung in einem anderen Lichte erscheinen läßt. Das ist nichts anderes, als eine

Verdrehung von Ursache und Wirkung

zu dem offensichtlichen Zwecke, die Arbeiterschaft und die Öffentlichkeit irrezuführen. Ohne Unterhandlungen einzuleiten, ist der Kampf begonnen worden, und ebenso mußte er beendet werden mit den Zugeständnissen, welche schon vor Ausbruch des Streiks gemacht worden sind. Das sind Tatsachen, die durch keine Kabulistik und durch keine Jongleurkunststücke aus der Welt zu schaffen sind.

Ueber die Durchführung der Aussperrung berichtet der Textilarbeiter:

„Die Unorganisierten, die im Harmonieverein bei A. Gutmann, die Christen und leider auch die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes bei den Firmen Merkel und Kleinlein in Göttingen und in der Heidenheimer Rattanmanufaktur durften weiterarbeiten. Damit hatten die Aussperrten von vornherein eine Welt von Feinden gegen sich.“

Ei, ei! Also auch der sozialdemokratische Bruderverband im roten Lager hat ein Haar in der Butter gefunden und hat sich nicht für solidarisch erklärt. Das ist doch schmerzlich für die Strategen des Textilarbeiterverbandes in Göttingen, daß der Fabrikarbeiterverband mit seiner Stellungnahme die Taktik des christlichen Verbandes so glänzend gerechtfertigt hat. Zur Strafe wird er nun ebenfalls in den Drlus geworfen und den Feinden der tapferen „Deutschen“ zugerechnet, trotzdem jene nur die Parole des Herrn Masluthie eingehalten haben. So weit kann es kommen, wenn die Organisierten aufgefordert werden, zu heucheln, und die Zugehörigkeit zur Organisation zu verleugnen, die Unorganisierten aber sollen sich solidarisch erklären und die Arbeit niederlegen.

Unwahr ist die Behauptung im „Textilarbeiter“, daß die Christen in Wort und Schrift verkündet haben, die Forderungen seien zu hoch und unberechtigt; das ist nirgends geschehen. Wohl aber ist darauf hingewiesen worden, daß die Taktik zur Durchdrückung der Forderungen eine verkehrte war, und Zeugen dafür sind ja auch im sozialdemokratischen Lager genug vorhanden.

Wenn sich der „Textilarbeiter“ damit tröstet, daß sich die Unternehmer durch den Kampf einen größeren Schaden zugezogen haben, so wollen wir ihm diese Freude lassen, es fragt sich nur, ob nicht die Arbeiterschaft diesen Schaden wieder einbringen muß. So lange der „sozialdemokratische Verband“ diese famosen Taktiken in Göttingen hat, wird er das jedenfalls nicht verhindern können.

Auf der Generalversammlung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Stuttgart hat der Vorsitzende, Herr Hübsch aus Berlin, bei Behandlung des Themas: „Die gegnerischen Gewerkschaften“ unter anderem folgendes ausgeführt:

„In den Fabriken sind Leute von uns, von der Christlichen und von der Hirsch-Dunckerischen Organisation. Bei Lohnkämpfen wird der Gegner gefragt, ob er mitmachen will. Er wird sagen, er müsse zunächst die Forderungen kennen, oder noch richtiger, er müsse diese mit formulieren. Danach kann er doch erst seine tatsächlichen Maßnahmen treffen. Wollen die Arbeiter eines Betriebes Forderungen stellen, so müssen sich die Organisationen verständigen. Wer diese Verständigung ablehnt, handelt gegen das Interesse der Arbeiter.“

Wer hat nun in Göttingen gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt?

Berichte aus den Ortsgruppen.

Murath. Der Herr Bürgermeister Neusen hat am 30. Dezember einen Bericht über den Stand und die Verwaltung der Angelegenheiten der Gemeinde Anrath herausgegeben, der, soweit er die Firma E. Lange und deren Arbeiter betrifft, nicht un widersprochen bleiben darf. Es heißt in dem Bericht, das abgelaufene Kalenderjahr hätte eine gesunde Zunahme von Aufträgen zu verzeichnen gehabt. Ist das wahr? Brachte der gute Geschäftsgang eine gesunde Zunahme an Aufträgen? Wir Arbeiter wissen es nicht, wir wissen aber, daß die Firma Lange einen großen Teil ihres Gregeelagers weit unter Preis abgestoßen hat. Ist das ein gesunder Zustand? Wir sagen nein, denn damit schädigt sich die Firma selbst und drückt auch auf die Preise der anderen Fabrikanten. Dann heißt es weiter, die Firma trage sich mit dem Gedanken, ihren Betrieb in Anrath zu erweitern, sei aber davon abgekommen und habe einen Teilbetrieb in

ein gemietetes Fabrikgebäude in Biersen errichtet, denn den Arbeitern in Anrath fehlte das nötige Verständnis für die Bestrebungen der Firma. Stimmt das? O nein, Herr Bürgermeister, uns Arbeitern fehlt das nötige Verständnis für die Maßnahmen der Firma Lange nicht, im Gegenteil, wir erkennen, daß die beabsichtigte Betriebserweiterung der Firma nicht identisch ist mit einer Erhaltung und Verbesserung der jetzigen Arbeiterlage und auch keine Förderung der Gemeinde bedeutet. Wir erkennen sogar deutlich, daß eine Betriebserweiterung, wie die Firma sie plant, uns Arbeiter gewaltig schädigen wird, deshalb unsere Ablehnung. Wir wollen es beweisen. Was will die Firma Lange also? Sie will ihren Betrieb zu einem Großbetrieb von 600 und mehr Stühlen ausbauen! Was will sie auf den neuen Stühlen fabrizieren? Grege. Was ist Grege? Grege ist ein in der Regel aus halb Seide und halb Baumwolle (ungefärbt) hergestellter Stoff, der auf den abgelegenen Bauernbörsen in Süddeutschland, an der Schweizergrenze, in Schlesien, in der Eifel und auch noch am Niederrhein von Arbeiterinnen, teilweise auch von Arbeitern, gewebt wird, oftmals zu einem Lohne, zum Erbarmen. Die Schmutzkonturrenz in diesem Artikel ist so stark, daß Millionen und abermal's Millionen Meter davon in den Lägern liegen und mancher Fabrikant genötigt ist, um „ein Loch“ in sein Lager zu bekommen, einen Teil desselben weit unter Preis zu verschleudern. Zu solchen Manipulationen war nicht nur die Firma Lange bei ihrer jetzigen kleinen Gregefabrikation genötigt, sondern auch eine andere Firma, die nach Angaben der Firma Lange 51% Arbeitslohn weniger zahlen soll, mußte, wenn sie ihr überfülltes Lager „leichtern“ wollte, unter Preis verschleudern. Während nun andere Firmen am Niederrhein dazu übergehen, diesen unlohnenden Gregebetrieb als Hauptbetriebszweig eingehen zu lassen, will die Firma Lange ihn als Hauptbetriebszweig einführen. Da wir Arbeiterinnen und Arbeiter von Anrath in der Einführung eine dauernde, gewaltige Schädigung erblicken, haben wir uns gegen die Maßnahmen der Firma gestäubt.

Wenn die Firma nun glaubt, in Biersen billiger weg-zukommen wie in Anrath, dann wird sie sich gewaltig läuschen; die Kräfte, die ihr helfen, uns Anrath Arbeiter „firre“ zu machen, werden ihr nur so lange ergehen sein, als sie ihren Profit dabei finden. Uebrigens beabsichtigt die Firma gar nicht, in Biersen zu bleiben; gelingt es ihr nicht, in Anrath zu „erweitern“, dann wird sie ebenfalls an einem entlegenen Erdenswinkel in Deutschland einen Betrieb errichten. Ob mit Profit? Wer weiß? Wenn man uns Arbeitern und Arbeiterinnen keine Existenzverschlechterung bringen will, dann sind wir zu jedem uns möglichen Entgegenkommen bereit, wir werden uns aber gegen jede direkte oder indirekte Schädigung entschieden wehren. Wir haben dabei die Genugtuung, uns in guter Gesellschaft zu befinden. Wir beitreten übrigens entschieden, daß die Firma Lange die höchsten Löhne in der Umgebung zahlt, wir Arbeiter sind sofort bereit, den Königsberger Lohnstarif in seinem vollen Umfange, also für Weber, Scherer, Winder, Spuler, Andreher usw., anzuerkennen. Also, Herr Bürgermeister, Sie sehen, die Arbeiter bestehen nicht auf den Schein, wir erwarten und hoffen aber auch, daß Sie unsere Ausführungen nicht unbeachtet lassen und unserer schwierigen Lage die nützlichste Aufmerksamkeit zuzuwenden, wie Sie das gegenüber der Firma Lange getan haben. Denn, eines Mannes Rede ist keine Rede, man muß sie hören alle beede.

Dufensbach. Gewerkschaftssekretär Kollege Erving hielt uns in unserer Versammlung vom 6. Januar einen sehr lehrreichen Vortrag über die Notwendigkeit der Organisation. Er betonte ganz besonders, daß wegen kommunal-politischer Angelegenheiten niemand dem Verbands fern bleiben, viel weniger aus demselben austreten solle. Hierauf wurden zwei Kollegen und vier Kolleginnen in den Vorstand gewählt. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Anwesenden, fest und treu zusammen zu halten. Nach dem Abingen einiger Lieber fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Cottbus. Als wichtigstes Ergebnis unserer Generalversammlung müssen wir den Beschluß nennen, einen Diskutterabend einzurichten, zu welchem auch die Mitglieder der konfessionellen Vereine eingeladen werden sollen. Der Zweck desselben soll sein, den Beteiligten Gelegenheit zu geben, sich Redegewandtheit und auch nützliche Kenntnisse anzueignen. Der Diskussion sollen Schriften aus sozialer, staatsbürgerlicher, sozialpolitischer und wirtschaftlicher Literatur zugrunde gelegt werden, die dem einzelnen in der Regel nicht zugänglich sind, unter Berücksichtigung derjenigen Fragen, die der Arbeiter wissen muß. Als erstes Thema wurde vom Vorsitzenden ein Artikel aus der nordostdeutschen Arbeiterzeitung in Vorschlag gebracht: „Zwölf Thesen zum Vortrage des Generalsekretärs Hüffer (Berlin) auf dem Verbandstage der evangelischen Arbeitervereine der Provinz Brandenburg.“ Auch wurde vorgeschlagen, aus den Mitgliedern der teilnehmenden Vereine eine Kommission zu wählen, die die Diskussionsabende vorbereitet. Beteiligung akademisch gebildeter Herren wäre erwünscht.

Ferner wurden die Mitglieder der Ortsgruppe aufgefordert, sich möglichst vollständig an der Kaiser's Geburtstagsfeier des evangelischen Arbeitervereins sowie am Programmvertrieb zu beteiligen. Es folgte noch eine Besprechung über das am 22. Februar stattfindende Stiftungsfest der Ortsgruppe sowie die Verteilung eines Rundschreibens des Zentralvorstandes, das die Agitation behandelt. Ferner wurde vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß der Lehrer Zente sich bereit erklärt habe, einen Vortrag zu halten über: „Die deutschen Kolonien“, wozu ebenfalls die Mitglieder der konfessionellen Vereine eingeladen werden sollen. Bekanntlich wird die deutsche Kolonialpolitik von den Christlichen Gewerkschaften, sowie auch den christlich-nationalen konfessionellen Arbeitervereinen, im Interesse der deutschen Industrie und der deutschen Arbeiterschaft unterstützt. Als geeigneter Tag wurde der 10. März in Aussicht genommen.

Nun folgte die Vorlesung eines Artikels aus der Textilarbeiterzeitung: „Die ideale Bedeutung der christlichen Gewerkschaften“, woraus folgende Punkte hervorgehoben waren. Die Vorteile ideeller Natur, die die Christlichen Gewerkschaften dem Arbeiter bieten, sind: Die Erstrebung der Ausgestaltung des Arbeitsvertrages in der Weise, daß dem Arbeiter bei der Regelung des Arbeitsverhältnisses ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird, wodurch aus dem Arbeiter ein dem Arbeitgeber gegenüber gleichberechtigter Vertragskontrahent wird. Dann wird die Stellung der Arbeiter zueinander durch die Organisation derart beeinflusst, daß in ihnen die Standesolidarität wächst und sie veranlaßt werden, sich durch kollegiales Verhalten die Arbeit und damit auch das Leben zu erleichtern. Die Bedeckung und Entfaltung der in der Arbeiterschaft schlummernden geistigen Kräfte, die die wirtschaftlichen Voraussetzungen zum geistigen und sittlichen Aufstieg dieser Arbeitermassen geschaffen haben, sind ebenfalls Vorteile ideeller Natur. Daß sich aus diesen Arbeitermassen tüchtige und intelligente führende Kräfte herausentwickelten, ist im hohen Maße auf die geistigen Werte zurückzuführen, die die christ-

lichen Gewerkschaften der Arbeiterschaft vermitteln. Die Mitglieder verdanken die Achtung ihrer religiösen und parteipolitischen Ueberzeugung, die ihnen ihre Gegner entgegenbringen, den christlichen Gewerkschaften.

Zum 1. Vorsitzenden wurde der Kollege P. Schreimüller wiedergewählt. Zum Kassierer wurde der Kollege Kerber, Schriftführer Kollege Julius Schulz, zu Rechnungsrevisoren die Kollegin Müller und Kollege Wappler gewählt.

Zum zweiten Vorsitzenden ist Kollege Spießkötter in Aussicht genommen. Die Versammlung war gut besucht; auch wurden drei neue Mitglieder aufgenommen.

Die drei Weissen aus dem Allgäu-lande. Die „Schwäbische Volkszeitung“ in Augsburg, das Organ zur Verheerung der Arbeiterschaft, bringt in ihrer Nr. 7 folgende Notiz aus Immensstadt:

Am Montag (Dreifönigstag, D. B.), hatte Immensstadt das Vergnügen, eine christliche Textilarbeiterversammlung mit dem Thema „Gewerkschaft und Familie“ in seinen Mauern zu sehen.

Die drei Weissen, die da am Dreifönigstag in der christlichen Textilarbeiterversammlung in Immensstadt erschienen, die Herren Brey, Bauer und Weis, waren zu dieser Versammlung nicht eingeladen, denn es war eine christliche Arbeiterversammlung.

Die drei Weissen, die da am Dreifönigstag in der christlichen Textilarbeiterversammlung in Immensstadt erschienen, die Herren Brey, Bauer und Weis, waren zu dieser Versammlung nicht eingeladen, denn es war eine christliche Arbeiterversammlung.

Die drei Weissen, die da am Dreifönigstag in der christlichen Textilarbeiterversammlung in Immensstadt erschienen, die Herren Brey, Bauer und Weis, waren zu dieser Versammlung nicht eingeladen, denn es war eine christliche Arbeiterversammlung.

Die drei Weissen, die da am Dreifönigstag in der christlichen Textilarbeiterversammlung in Immensstadt erschienen, die Herren Brey, Bauer und Weis, waren zu dieser Versammlung nicht eingeladen, denn es war eine christliche Arbeiterversammlung.

Die drei Weissen, die da am Dreifönigstag in der christlichen Textilarbeiterversammlung in Immensstadt erschienen, die Herren Brey, Bauer und Weis, waren zu dieser Versammlung nicht eingeladen, denn es war eine christliche Arbeiterversammlung.

Die drei Weissen, die da am Dreifönigstag in der christlichen Textilarbeiterversammlung in Immensstadt erschienen, die Herren Brey, Bauer und Weis, waren zu dieser Versammlung nicht eingeladen, denn es war eine christliche Arbeiterversammlung.

Die drei Weissen, die da am Dreifönigstag in der christlichen Textilarbeiterversammlung in Immensstadt erschienen, die Herren Brey, Bauer und Weis, waren zu dieser Versammlung nicht eingeladen, denn es war eine christliche Arbeiterversammlung.

Die drei Weissen, die da am Dreifönigstag in der christlichen Textilarbeiterversammlung in Immensstadt erschienen, die Herren Brey, Bauer und Weis, waren zu dieser Versammlung nicht eingeladen, denn es war eine christliche Arbeiterversammlung.

Die drei Weissen, die da am Dreifönigstag in der christlichen Textilarbeiterversammlung in Immensstadt erschienen, die Herren Brey, Bauer und Weis, waren zu dieser Versammlung nicht eingeladen, denn es war eine christliche Arbeiterversammlung.

durch unsern Vorsitzenden, Kollegen Gehring, gab der Kassierer den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren, die besugelten Kasse, Bücher und Belege in bester Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassierer, Kollegen Kottmann, Entlassung erteilt.

Hierauf erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht vom Jahre 1912, der mit Beifall aufgenommen wurde. Eine Diskussion fand nicht statt. Die nunmehr vorgenommene Vorstandswahl, die auf Antrag verschiedener Kollegen per Akklamation getätigt wurde, hatte folgendes Ergebnis:

Als erster Vorsitzender wurde der Kollege Fritz Gehring, als erster Kassierer Gottlieb Kottmann, als zweiter Schriftführer Hermann Behmeyer, als Beisitzer die Kollegen August Henning, August Heibrot, Heinrich Hofamp und Kollegin Johanna Schlüter gewählt.

Die Wahl der Kassenrevisoren fiel auf die Kollegen Hermann Brümmer, Heinrich Klusmann und Heinrich Höbbling; zu Kartelldelegierten wurden bestimmt die Kollegen August Feldmann, Wilhelm Siekmann und Hermann Landwehr.

Sodann erhielt unser Kollege und Redakteur Heutmann aus Düsseldorf das Wort zu einem Vortrage über den Gewerkschaftsstreit und die Lokalbeiträge.

Redner kam hauptsächlich auf den unersätzligen Kampf zu sprechen, der jahrelang von den Berliner Fachabteilungen gegen die christlichen Gewerkschaften geführt worden ist.

Durch die unehrerliche Kampfweise der Berliner sei einerseits den christlichen Gewerkschaften großer Nachteil zuzufügen, unsern sozialdemokratischen Gegnern aber Wasser auf ihre Mühle gelaufen worden.

Die Berliner Fachabteilungen hätten es schließlich soweit gebracht, daß im November vorigen Jahres eine päpstliche Enzyklika erschienen sei. Diese habe in weiten Kreisen Befürchtungen bezüglich der Zugehörigkeit katholischer Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften hervorgerufen.

Alle Zweifel seien aber durch den außerordentlichen Offener Gewerkschaftskongress behoben worden. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften hätten ja dort ausdrücklich erklärt, auch in Zukunft das zu bleiben, was wir bis jetzt gewesen sind.

Und so sei auch eine Vorwärtsbewegung im ganzen Verbandsgelände zu verzeichnen. Diesem Wachstum nach außen hin müßte aber auch eine innere Kräftigung folgen.

Und so habe denn auch die Generalversammlung beschlossen, ab 1. Januar 1913 einen Lokalaufschlag von 0,05 M. pro Woche zu heben. Redner erläuterte dann unser ganzes Unterkümmerswesen und betonte, daß die notwendigsten Neuerungen unserm Verbände viel Geld kosteten.

Aus diesem Grunde sei die Beitrags-erhöhung beschlossen worden. Die 5 Pfg. wöchentlich werden ja für die Berufsinteressen des eigenen Standes, für die Stärkung unserer Organisation geopfert.

Mit warmen Worten an die Versammlung, auch in Zukunft so treu wie bisher zum Verbände zu halten, und die geringe Beitrags-erhöhung gern und freudig an den Vertrauensmann abzuliefern, schloß der Referent seinen 1½stündigen Vortrag. Brausender Beifall wurde dem Kollegen Heutmann für seine lehrreichen Ausführungen zuteil.

Da hiermit die Tagesordnung erschöpft war, so wurde die Versammlung vom Vorsitzenden mit einem agitatorischen Appell an die Mitglieder geschlossen.

Reichenbach (Albtal). Einen sehr schönen Verlauf nahm unsere Versammlung vom Samstag, den 4. Januar. Nach Bekanntgabe des Kassenberichts durch den Kassierer, hielt unser Kollege Oskar Kümmele einen Vortrag über soziale Wahlen und Arbeiterbewegung.

Mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Interesse folgten die Mitglieder seinen Ausführungen. Das kann auch von den Kolleginnen gesagt werden, die sich wieder recht zahlreich eingefunden hatten.

Gebung seines Standes zu arbeiten, sollte die Lösung eines jeden Kollegen, einer jeden Kollegin sein.

Nicht das müßige Beiseitebringen bringt uns vorwärts, sondern die rege und zielbewusste christlich-nationale Gewerkschaftsarbeit.

Wohl dann, ihr Kolleginnen und Kollegen von Sommerfeld, schart euch um den Vorstand und helft ihm die Unorganisierten dem Verbände zuzuführen.

Es gibt noch eine Menge Arbeit zu leisten zur Befreiung der wirtschaftlichen Lage, die der einzelne nie erreichen kann, wohl aber durch den Zusammenschluß aller Textilarbeiterinnen und Arbeiter im Verbände christlich-nationaler Textilarbeiter Deutschlands.

Spielberg (Albtal). Das Versammlungsleben lebt bei uns gut ein. So hatten wir am 6. Januar wieder eine schöne Versammlung.

Kollege Oskar Kümmele aus Eittingen hielt einen Vortrag über Mitgliederrechte und -Pflichten. Der Vortrag wurde von allen Anwesenden mit großem Interesse und Beifall aufgenommen.

An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen. Der Vorstand hat, daß ein jeder mithelfen möge, um diejenigen, die dem Verbände noch nicht angehören, für die Organisation zu gewinnen.

Dann wurden noch zwei Kolleginnen als Beisitzerinnen und zwei Kassenrevisoren gewählt. Nach der Versammlung wurden noch verschiedene Lieder gesungen, sodas die Kollegen bis 12 Uhr in frohlicher Stimmung beieinander waren.

Versammlungskalender.

- Wohlfart. 26. Jan., 10 Uhr, Langenbergstraße, Abrechnung der Vertrauensmänner.
Burgwalden. 26. Jan., direkt nach dem Hochamte, bei Prof. Müller Generalversammlung.
Wisenbach-Albtal. 26. Jan., 1/8 Uhr, im Lokale zum deutschen Kaiser.
Cottbus. 8. Februar, im evangelischen Vereinshaus.
Teinhenhorst. 1. Februar, 8 Uhr, bei Dettermann.
Dersflag. 26. Jan., 11 Uhr, im Weiskäufchen Hof, Karl Jäger.
Düren. 9. Februar, 11 Uhr, im Lokale zum Franziskaner, Jahres-Generalversammlung.
Eberfeld. 26. Jan., 8 Uhr, bei Hertzenrath, Röhbahn, Generalversammlung.
St. Leon. 1. Februar, 1/8 Uhr, im Gasthaus zum Hirsch, außerordentliche Mitgliederversammlung.
Euenheim-Biskirchen. 9. Februar, 5 Uhr, bei Schöber-Euenheim, Generalversammlung.
Fischeln. 2. Februar, 11 Uhr, bei Ludwig Fink, Generalversammlung.
Gresvath. 26. Jan., 11 Uhr, bei Wilhelm Kempge, außerordentliche Generalversammlung.
M. Gladbach-Parthenbroich. 26. Jan., 6 Uhr, bei Hubert Paggen, Mühlenstraße, ordentliche Generalversammlung, verbunden mit Kaisergeburtstagsfeier.
Grenz. 26. Jan., 3 Uhr, bei Gräfers, Hohe Gasse, Generalversammlung.
Sinsbeck. 9. Februar, 5 1/2 Uhr, bei Wm. Mahnen.
Kalterherberg. 26. Jan., 11 Uhr, bei Eg. Hermanns, Generalversammlung.
Kettenitz. 26. Jan., 5 Uhr, bei Fr. Lieberts, Generalversammlung.
Kohltscheid. 26. Jan., 11 Uhr, bei P. Gilleßen, Generalversammlung.
Krefeld Beckum. 26. Jan., 11 Uhr, bei Heinrich Wenger, Generalversammlung.
Luckenwalde. 26. Jan., 3 Uhr, bei Meß.
Montgoc. 26. Jan., im Eiferhof, Restaurant Paul Heister, Generalversammlung.
Odenkirchen. 26. Jan., 5 1/2 Uhr, bei Gehen, Familienfest.
Dohtrup. 1. Februar, 8 Uhr, monatliche Abrechnung der Vertrauensmänner.
Nheydt. 26. Jan., 11 Uhr, in der Bürgergesellschaft, Bahnhofstraße, Generalversammlung.
Rondort. 26. Jan., 11 Uhr, bei Wm. Ernst Kimpel, öffentliche Versammlung.
Stieghorst. 29. Jan., 6 1/2 Uhr, bei H. Lepper.
Schiefbahn. 9. Februar, 6 Uhr, bei Heintz. Kaiser, Generalversammlung.
Waals. 26. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Arnold Gilleßen, Generalversammlung.
Waldhausen. 26. Jan., 1/29 Uhr, bei Johann von der Burg, Generalversammlung.
Werden (Ruhr). 26. Januar, 10 Uhr, im Lokal zur Krone, am Markt, Generalversammlung.

Badisches Albtal.

Alle Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, sowie die sich sonst noch interessierenden Kollegen und Kolleginnen seien hiermit noch einmal zu der Konferenz am Sonntag, den 26. Januar eingeladen.

Inhaltsverzeichnis.

- Arbeit. - Artikel: Ein Pionier des sozialen Fortschritts. - Arbeitsverhältnisse in den Baumwollspinnereien. - Almosen, aber keine Rechte. - Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. - Die soziale Bekämpfung der Tuberkulose. - Ueber unentflammbare Appreturen und Stärkforten. - Schefferson: Abschied. - Deine Frau und die großen Fragen der Zeit. - Allgemeine Rundschau: Wieder eine bischöfliche Kundgebung für die christlichen Gewerkschaften. - Eine neue Zeitschrift für das soziale Versicherungswesen. - Lohnkämpfern der Unternehmerverbände. - Die gute Kameradschaft des Buchdruckerverbandes zur Sozialdemokratie. - Landkrankenassen in Industriestädten. - Krankenassen-Verbände und Leipziger Metzerverband. - Im Reichstage. - Eine Eingabe zur reichsgesetzlichen Wohnungsreform. - Dieser gehts nimmer. - Worauf verzichten die Selben? - Ein Gebetsbuchfabrikant gegen das Koalitionsrecht. - Aus unserer Industrie: Die Jahresbilanz der Textilindustrie. - Wirkungen des Balkankrieges auf die Textilindustrie. - Vergoldung von Seide, Wolle und anderen Textilstoffen. - Keine Reichszentrale für die Textilindustrie. - Aus dem Verbandsgebiete: Zur gest. Beachtung für unsere Ortsgruppenvorsitzende. - Arbeitslosen-Berichterstattung. - Inhaltsverzeichnis. - Lohnbewegungen und Arbeitsfreigezeiten: Der vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverbande versuchte und verlorene Kampf in Württemberg. - Berichte aus den Ortsgruppen: Arath. - Wulfsbach. - Cottbus. - Immensstadt. - Tölkendach. - Reichenbach (Albtal). - Schöllbrunn (Albtal). - Sommerfeld. - Spielberg (Albtal). - Versammlungskalender.